

NATIONALRAT
Herbstsession 2021

Fragestunde vom 20. September 2021

(Art. 31 des Geschäftsreglementes)

Bundeskanzlei

21.7718 Rechsteiner Thomas. Unterschriftenregelung Bundesverwaltung: Transparenz schaffen!

Für den Aussenstehenden ist es nicht klar, wie die Unterschriftenregelung in der Bundesverwaltung gehandhabt wird. Es gibt zwar ein entsprechendes Dokument der Bundeskanzlei, aber offenbar nicht für die gesamte Bundesverwaltung.

1. Gibt es eine einheitliche Unterschriftenregelung für die gesamte Bundesverwaltung, wenn nein, warum nicht?
2. Wo finden sich die entsprechenden Regelungen?
3. Ist das Prinzip der stufengerechten Unterschriftenregelung und der Doppelunterschrift gewährleistet?

21.7734 Humbel. Keine Reisen ohne Covid-Zertifikat im Falle des Scheiterns des Covid-19-Gesetzes an der Urne

Das Covid-Zertifikat dürfte auch im nächsten Jahr noch aktuell sein, insbesondere fürs Reisen. Sollte das Covid-Gesetz im November abgelehnt werden, entfällt die gesetzliche Grundlage für das Zertifikat. Gemäss Verfassung darf das Gesetz dringlich nicht erneuert werden.

- Was passiert mit dem Covid-Zertifikat, sollte das Covid-19-Gesetz im November abgelehnt werden?
- Welches sind die Folgen fürs private und geschäftliche Reisen, sowie für allfällige alternative Massnahmen im Inland?

21.7760 Moret Isabelle. Der Bundesrat hat das Projekt «Swiss Cloud» amerikanischen und einem chinesischen Unternehmen, aber keinem schweizerischen Unternehmen anvertraut: Besteht kein Widerspruch zwischen dem angestrebten Ziel und dem Schlussresultat?

Im April 2020 hat der Bundesrat das Projekt "Swiss Cloud" lanciert mit dem Ziel, die Datensouveränität der Schweiz zu verbessern und unsere Abhängigkeit von internationalen Cloud-Anbietern zu reduzieren. Im Juni 2021 erhielten vier amerikanische und ein chinesischer Anbieter den Zuschlag für dieses 110 Millionen schwere Geschäft. Darunter befindet sich kein einziges Schweizer Unternehmen.

- Wurden die Schweizer Anbieter auch einbezogen? Wenn ja, welche?
- Besteht kein Widerspruch zwischen dem angestrebten Ziel und dem Schlussresultat?

21.7763 Marti Min Li. Geschlechtervertretung in Digitalisierungsfragen

Die digitale Transformation ist neu in der Bundeskanzlei angesiedelt.

In diesem Zusammenhang bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie ist das Geschlechterverhältnis im Bereich DTI?
2. Wie ist das Geschlechterverhältnis im für Digitalisierung zuständigen Bundesratsausschuss?
3. Wie ist das Geschlechterverhältnis in der Geschäftsleitung und der Führungsebene der Bundeskanzlei?
4. Entspricht dies den Weisungen des Bundesrats bezüglich Chancengleichheit der Geschlechter?

Finanzdepartement**21.7630 Marti Samira. CS-Bankkonto des Künstlers Ai Weiwei auf Druck von China geschlossen**

Medienberichte liessen kürzlich verlauten, dass die Credit Suisse das Bankkonto der Stiftung des Künstlers Ai Weiwei auf Druck des chinesischen Staates schliessen liess. Dass eine Schweizer Bank auf Druck eines anderen Staates Konti kündigt, ist absolut inakzeptabel.

- Wie steht der Bundesrat zum Vorgehen der CS?
- Wie gedenkt er, die Wirtschaftsfreiheit gegen die politische Einmischung fremder Staaten zu verteidigen?

21.7708 Regazzi. FINMA: inakzeptable Verspätungen bei der Bearbeitung von auf Italienisch verfassten Anfragen. Was gedenkt der Bundesrat zu unternehmen? (Teil 1)

Trotz den Versprechungen in der Vergangenheit sind bei Anfragen von Unternehmen, die im Finanzbereich tätig sind, in puncto Bearbeitungszeit seitens der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) zwischen den verschiedenen Regionen der Schweiz weiterhin bedeutende Unterschiede festzustellen. Für Anliegen, die auf Italienisch verfasst sind, kann die Bearbeitungszeit mehrere Monate bis hin zu zwei Jahre dauern, was inakzeptabel ist.

Wie bewertet der Bundesrat diese Situation und was gedenkt er zu unternehmen, um diese Ungleichbehandlung, die Rechtsunsicherheit und wirtschaftliche Schäden zur Folge hat, aus der Welt zu schaffen?

21.7709 Regazzi. FINMA: inakzeptable Verspätungen bei der Bearbeitung von auf Italienisch verfassten Anfragen. Was gedenkt der Bundesrat zu unternehmen? (Teil 2)

Bezugnehmend auf die vorherige Frage 21.7708 stelle ich dem Bundesrat die Frage, ob er bereit ist, so schnell wie möglich zu prüfen, ob das italienischsprachige Personal der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) kurzfristig aufgestockt werden muss. Damit könnten die Bearbeitungszeiten bei Bewilligungsgesuchen und Pre-Enforcement-Verfahren für die zahlreichen Unternehmen, die sich in der italienischsprachigen Schweiz befinden, erheblich verkürzt werden, idealerweise auf maximal drei Monate.

21.7710 Feller. Modalitäten der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Härtefallmassnahmen

Artikel 10 der Covid-19-Härtefallverordnung sieht vor, dass die Kantone die Beteiligung des Bundes an den nicht rückzahlbaren Beiträgen beanspruchen können, wenn diese bis zum 31. Dezember 2021 ausbezahlt werden. In der Praxis sind die Kantone aber kaum in der Lage, alle Gesuche in diesem Zeitraum zu behandeln, insbesondere im Falle einer Anfechtung auf dem Rechtsweg.

Müsste der Bundesrat die in Artikel 10 genannte Frist nicht verlängern?

21.7719 Rechsteiner Thomas. Stoppt "Big Government"!

Die Personalausgaben des Bundes sind in den letzten 20 Jahren um die Hälfte gestiegen, und die hohen Löhne konkurrieren die KMU (NZZ vom 4.8.2021).

1. Was gedenkt der Bundesrat zu unternehmen, um das überdurchschnittliche Wachstum der Verwaltung endlich zu bremsen?
2. Ist sich der Bundesrat bewusst, dass er mit den (zu) hohen Löhnen für die Verwaltung, die auf der Höhe derjenigen der Banken liegen, der Privatwirtschaft und namentlich den KMU das Wasser abgräbt?

21.7768 Rytz Regula. Projekt DaziT: Wie geht es bei den Lücken und Risiken gemäss Prüfung der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) weiter?

Die EFK hat in der jüngsten DaziT-Prüfung festgestellt, dass nach einem Drittel der geplanten Programmlaufzeit die notwendigen Steuerungsinstrumente noch nicht fertig aufgebaut sind. "Mit zunehmender Programmlaufzeit wird dieser Zustand immer problematischer, weil er sich unmittelbar auf das Risiko auswirkt, dass die vorgegebenen Ziele von DaziT nicht erreicht werden."

- Werden auf Grund dieser Feststellung Projektanpassungen vorgenommen?
- Wann stehen die geforderten Instrumente zur Verfügung

21.7770 Rytz Regula. Projekt DaziT: Beunruhigende Aussagen der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK)

Der neuste Bericht der EFK zu DaziT lässt aufhorchen. Denn die EFK stellt fest: "Eine objektive Beurteilung der Zielerreichung (...) ist nicht möglich. Die notwendigen Instrumente gemäss den EFK-Empfehlungen von 2018 befinden sich nach wie vor im Aufbau. Die gemeldeten Status bleiben de facto materiell nicht nachvollziehbar. In diesem Sinne ist die Verlässlichkeit der Berichterstattung nicht gegeben."

- Wie schätzt der Bundesrat die Situation ein?
- Kann er Budgetüberschreitungen ausschliessen?

21.7813 Aeschi Thomas. 3 Top-Risiken der Schweiz: Cyberangriff, Elektrizitäts-Blackout und Pandemie

- Teilt der Bundesrat die Einschätzung, dass die drei Top-Risiken der Schweiz ein Cyberangriff, ein Elektrizitäts-Blackout und eine Pandemie sind?

- Wie gross ist z.B. das Risiko einer Strommangellage in einem strengen Winter?
- Was unternimmt der Bundesrat, um die Risiken "Cyberangriff" und "Elektrizitäts-Blackout" zu minimieren?
- Sieht er sich gut gerüstet?

Falls nein, in welchen Bereichen braucht es zusätzliche Anstrengungen?

Justiz- und Polizeidepartement**21.7634 Pasquier. Wird der Bundesrat Massnahmen ergreifen, um den Schutz der Rechte des Kindes beim Wegweisungsverfahren zu verbessern?**

In ihrem jüngsten Bericht verurteilt die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKFV) die Zwangsmassnahmen, die gegen ein junges Kind angewandt wurden. Das 11-jährige Kind wurde von seiner Mutter getrennt und 40 Minuten in Handschellen gelegt. Die NKFV beklagt ebenfalls, dass Kinder Zwangsmassnahmen, die gegen ihre Eltern angewandt wurden, mit ansehen mussten oder als Übersetzer eingesetzt wurden. Welche Massnahmen wird der Bundesrat ergreifen, um die Rechte des Kindes beim Wegweisungsverfahren zu befolgen?

21.7635 Pasquier. Duldet der Bundesrat den Einsatz unverhältnismässiger Gewalt beim Wegweisungsverfahren?

Die Zeugenaussagen betreffend der Ausschaffung eines Teils einer Familie sind erschütternd: Eine im fünften Monat schwangere Frau wird über vier Stockwerke wie ein Sack getragen; ein Kind wird im Morgengrauen aus seinem Bett gezerrt und dazu aufgefordert, sich anzuziehen; eine Familie wird gewaltsam getrennt, der Vater per Sonderflug ausgeschafft. Der Einsatz unverhältnismässiger Gewalt ist offenkundig. Die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKfV) verurteilt regelmässig missbräuchliche Polizeipraktiken. Welche Massnahmen werden aufgrund ihrer Empfehlungen ergriffen und mit welcher Priorität?

21.7640 Steinemann. Welche Personen hat die Schweiz aus Afghanistan gerettet?

Anlässlich der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan hat die Schweiz 400 Personen ausgeflogen.

- Wie setzt sich diese Gruppe zusammen bezüglich Gründe, warum sie sich in Afghanistan befanden (Arbeit, DEZA-Mitarbeiter, Ferienabwesenheit inkl. Verwandtenbesuch, weitere)?
- Wie viele anerkannte Flüchtlinge waren darunter?
- Wie viele vorläufig Aufgenommene waren darunter?
- Wie viele Identitäten stehen durch fälschungssichere Dokumente fest?

21.7646 Locher Benguerel. Anzahl und Neubeurteilung Asylgesuche aus Afghanistan

1. Wie viele Personen aus Afghanistan befinden sich in der Schweiz?
Wie viele davon sind Minderjährige mit Familien oder unbegleitete Minderjährige bzw. wurden in den letzten 3 Jahren volljährig?
 - a. mit einem abgewiesenen Status;
 - b. mit einer vorläufigen Aufnahme (F);
 - c. noch im Asylverfahren.
2. Plant der Bundesrat, die Asylgesuche der abgewiesenen und vorläufig aufgenommenen Fälle neu zu beurteilen angesichts der aktuellen Situation? Wenn nein, mit welcher Begründung?

21.7647 Locher Benguerel. Bildungsangebote und Integration insbesondere für Minderjährige aus Afghanistan

Der Aufenthaltsstatus entscheidet über die Integration in Regelschulklassen, Bildungsangebote für Erwachsene, die Unterbringung in Wohnungen statt Zentren u.v.m.. Seit 2019 wurden Rückführungen nach Afghanistan ausgesetzt und sind noch lange nicht zumutbar.

Wie wird sichergestellt, dass abgewiesene oder vorläufige aufgenommene Personen (und insbesondere Minderjährige) aus Afghanistan unabhängig von ihrem Wohnkanton/-ort ein selbständiges Leben aufbauen und sich integrieren können?

21.7703 Marti Samira. Afghanistan: Aufnahme von Geflüchteten

Trotz der humanitären Krise in Afghanistan haben die Schweiz und ihre Nachbarstaaten zu wenig unternommen, um gefährdete Personen aus Afghanistan zu evakuieren.

- Setzt sich der Bundesrat für die weitere Aufnahme von Geflüchteten aus Afghanistan ein?
- Trotz geschlossener Grenzen in Afghanistan werden dennoch viele Menschen das Land verlassen wollen: Welche Strategie verfolgt der Bundesrat, um Schutzsuchende bei ihrer Ausreise aus Afghanistan zu unterstützen?

21.7787 Marra. Erleichterte Erteilung von humanitären Visa für afghanische Staatsbürgerinnen und -bürger

Was gedenkt der Bundesrat angesichts der Lage in Afghanistan und angesichts der Tatsache, dass die Schweiz in diesem Land keine Vertretung unterhält, zu unternehmen, um afghanischen Staatsbürgerinnen und -bürgern, die sich im Land selbst oder in Drittstaaten aufhalten, humanitäre Visa zu erteilen?

Im Land selbst sollten Gesuche um ein humanitäres Visum physisch oder online bei Internationalen Organisationen eingereicht werden können; bei einem Gesuch, das in einem Drittstaat eingereicht wird, sollte die Lesart entfallen, dass die Gesuchstellerin oder der Gesuchsteller nicht mehr gefährdet sei, da sie oder er sich schon in einem Drittstaat aufhalte.

21.7641 Steinemann. Entwicklungshilfe und renitente Asylländer

- Welche Länder (Auflistung) nehmen ihre Bürger in Verletzung von völkerrechtlichen Verpflichtungen nicht zurück?

- Wie hoch ist die Entwicklungshilfe und dergleichen, die aus öffentlichen Kassen der Schweiz 2011 bis 2020 in ebendiese Länder (Auflistung) geflossen ist?

21.7673 Roth Franziska. Transparenz schaffen bei Kantonswechsel von Asylsuchenden

Asylsuchende mit einem rechtskräftigen Zuweisungsentscheid können jederzeit beim SEM einen Kantonswechsel beantragen. Ein Anspruch kann z.B. auf Einheit der Familie geltend gemacht werden. Der Zielkanton kann heute durch Stillschweigen gegenüber dem SEM eine Ablehnung erwirken.

Ist der Bundesrat bereit sich einzusetzen, dass die Weisungen Asyl dergestalt angepasst werden, dass der Wohnkanton und der Zielkanton eine begründete Stellungnahme über Zustimmung oder Ablehnung abgeben müssen?

21.7677 Mäder. Ausschreibung der Justitia.Swiss

Entgegen der Antwort des Bundesrates zu 21.7201, wurde Justitia.Swiss als Ganzes (Entwicklung und Betrieb) ausgeschrieben und nicht nur "einzelne Teile" der Plattform für den "Pilotbetrieb". Dies zudem Jahre vor einem allfälligen Inkrafttreten des BEKJ. Das gewählte agile Vorgehen schützt auch nicht vor Komplettabschreibung, falls sich die Architektur oder sonstige Grundsätze durch das Gesetz verändern.

Wie beurteilt der Bundesrat dieses Vorgehen der Beschaffungsstelle "Projekt Justitia 4.0"?

21.7678 Mäder. Open Source bei Justitia.Swiss

Bei der Ausschreibung von Justitia.Swiss werden, entgegen der Antwort zu 21.7201, von den Anbietern keine Erfahrungen mit Open Source verlangt. Punkt EKA-L1-12 verbietet explizit Open-Source-Lizenzen, da es der Anbieterin untersagt ist, die Quellcodes ohne Zustimmung der Auftraggeberin weiterzugeben oder anderweitig einzusetzen.

Wie beurteilt der Bundesrat das Vorgehen der Beschaffungsstelle unter Berücksichtigung der Ziele gemäss Ziffer 4 des Strategischen Leitfadens OS-Software in der Bundesverwaltung?

21.7684 Steinemann. Wie vielen EU-Bürgern wurde die Aufenthaltsbewilligung entzogen?

EU-Bürger beziehen immer zahlreicher Sozialhilfe. Es ist nicht klar, wie die Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung der fürsorgebeziehenden Freizügigkeitsberechtigten gehandhabt wird. Weder Bund noch Kantone erheben Daten über den Entzug von Aufenthaltsbewilligungen allein wegen Sozialhilfe.

Dennoch die Fragen:

- Wie vielen EU-Bürgern wurde in den letzten 10 Jahren die Bewilligung entzogen?
- Wie viele davon haben Sozialhilfe bezogen?
- Wie viele darunter sind via PFZ in die Schweiz gekommen?

21.7720 Rechsteiner Thomas. Sicherheitscheck für Flüchtlinge

Wenn Asylanten in die Schweiz kommen, besteht vor allem von Flüchtlingen aus islamischen Ländern ein Sicherheitsrisiko.

1. Was unternimmt der Bundesrat, damit keine potentiell gefährlichen und radikalisierten Asylanten in der Schweiz Aufnahme finden können?
2. Ist der Bundesrat bereit, nur Flüchtlinge aufzunehmen, die sich schriftlich verpflichten, unsere Rechts- und Gesellschaftsordnung zu respektieren und sich vom radikalen Islam zu distanzieren?

21.7746 Molina. Existiert die Westsahara für die Schweiz nicht mehr?

Mit Urteil vom 04. August 2021 (1C_44/2021) wies das BGE eine Klage eines Sahraoui ab, der sich dagegen wehrte, durch das SEM neu als "staatenlos" qualifiziert zu werden. Das BGE argumentiert, dass die Änderung des ZEMIS-Verordnung eine ausreichende Rechtsgrundlage für einen derartigen Eingriff in das Recht auf Privatleben darstelle.

- Weshalb hat der Bundesrat die ZEMIS-Verordnung entsprechend geändert?
- Was heisst das für die Haltung der Schweiz zu Gebieten unter militärischer Okkupation?

21.7759 Klopfenstein Broggin. Schutz von schwangeren Frauen im Asylverfahren

Am 11. August 2021 um 6 Uhr morgens wurden eine schwangere Frau und ihr neun Jahre alter Sohn im Rahmen einer Wegweisung gewaltsam von der Genfer Polizei festgehalten; dabei wurde die Gesundheit der Frau beeinträchtigt.

Warum orientiert sich das SEM, das eine Wegweisung einer schwangeren Frau mit Flüchtlingsstatus erst ab der 32. Schwangerschaftswoche verbietet, nicht wenigstens an den Empfehlungen des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR), das mit 28 Wochen bereits eine sehr hohe Schwelle festlegt?

21.7806 Aeschi Thomas. "Strichli-Liste" von alt Nationalrat Toni Brunner, SVP-Parteipräsident 2008-2016. Anfrage Nummer 16 im dritten Quartal 2021

2021 soll die "pfefferscharfe" Umsetzung der Ausschaffungs-Initiative 09.060 in Kraft treten.

- Ist dieser Teil von 20.025 nun in Kraft getreten?
- Wie viele der 2017-20 gegen erw. Ausländer ausgesprochenen Landesverweise wurden effektiv vollzogen (2017: 17.5098, 17.5305, 17.5431, 17.5563; 2018: 18.5082, 18.5280, 18.5554, 18.1082; 2019: 19.5122, 19.5303, 19.5471, 19.5563; 2020: 20.5070; 2021: 21.7203, 21.7395)?
- Sind es "jährlich mindestens 4000 Ausschaffungen", wie von den DI-Gegnern 13.091 behauptet?

21.7814 Aeschi Thomas. Leonie (13) in Wien erwürgt - vier Afghanen verdächtigt

Vier Afghanen im Alter von 16, 18, 22 und 23 Jahren waren mutmasslich in die Tötung von Leonie (13) in Wien involviert. Ein Verdächtiger (18) war insgesamt elf Mal wegen Raubs oder Drogendelikten angezeigt und dreifach verurteilt. Ein zweiter Beschuldigter (23) sass wegen Körperverletzung und geschlechtlicher Nötigung schon im Knast. Beide wurden nicht abgeschoben.

Wie viele Afghanen wurden seit 2014 von der Schweiz in einen EU-Drittstaat resp. nach Afghanistan zurückgeschafft?

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport**21.7655 Grüter. Unübersichtliche Situation bezüglich dem Einsatz von Peacekeeping Truppen**

Macht es Sinn, dass die Schweiz sich seit mehr als 20 Jahren mit der Swisscoy im Kosovo engagiert, Kosovo aber seinerseits Peacekeeping Forces nach Kuwait entsendet?

21.7658 de Courten. Kosten des Flugzeugtransports von Covid-19 erkrankten Ausländern in die Schweiz

Was hat der Flugtransport von Covid-19 Patienten in die Schweiz gekostet und wer hat diese Kosten übernommen?

21.7660 Egger Mike. Flugzeugtransport von Covid-19 erkrankten Patienten in die Schweiz

Wie viele Personen (aufgeschlüsselt nach Nationalität) wurden direkt aus dem Ausland in die Schweiz eingeflogen, um direkt in den Intensivstationen betreut zu werden?

21.7731 Friedli Esther. Repatriierung von Covid-Patienten

Gemäss Medieninformationen warten rund 80 Covid-Patienten im Ausland auf ihre Repatriierung in die Schweiz.

- Gibt es einen Rechtsanspruch auf Repatriierung?
 - Wie ist der aktuelle Stand der Rückführungen?
 - Wer bezahlt diese Rückführungen und deren Koordination und Organisation?
 - Wer bezahlt die Rückführungen von Personen, die unterversichert sind?
- Allenfalls auch der Steuerzahler?

21.7676 Mäder. Einsatz von Pegasus in der Schweiz

Die Software Pegasus der Firma NSO wird weltweit zur gezielten Überwachung von Personen eingesetzt, Hinweisen zufolge auch in der Schweiz.

Es stellen sich folgende Fragen:

- Wird Pegasus vom Bund/Behörden eingesetzt?
- Werden andere Produkte mit ähnlichen Fähigkeiten/Anwendungszwecken eingesetzt?
- Gibt es Richtlinien zur Beschaffung solcher Software?
- Wie lauten diese?
- Wer legt sie fest?
- Wer kontrolliert die Verhältnismässigkeit des Einsatzes, sowohl vor und nach dem Einsatz?

21.7682 Molina. Türkische Todeslisten gegen Oppositionelle in der Schweiz

Mehrere Medien berichteten im Juli 2021 über sogenannte "Todeslisten", auf denen Gegnerinnen und Gegner der Erdogan-Regierung in Westeuropa aufgeführt und bedroht werden. Auf den Listen figurieren auch Personen aus der Schweiz.

- Wie schützt die Schweiz diese Personen?
- Hat er bei der türkischen Regierung gegen diese Einschüchterungsversuche protestiert?
- Waren sie Gegenstand der politischen Konsultationen vom 7. September 2021?
- Sind dem Bundesrat Vorfälle gegen türkische Oppositionelle bekannt?

21.7702 Prezioso. Schweiz-Kolumbien: Sind politische Flüchtlinge in der Schweiz in Gefahr?

Die Asociación Internacional de Derechos Humanos y Desarrollo Social (AIDHDES) beklagte am 10. September 2021 in Genf den - nach meiner Kenntnis noch ungeklärten - Tod eines kolumbianischen Staatsangehörigen, der sich für Menschenrechte in Kolumbien einsetzte. Dies alarmierte die Genfer Staatsanwaltschaft und das BJ. Die AIDHDES schloss einen politischen Mord nicht aus.

Kann der Bundesrat bestätigen, dass sich aktuell keinerlei Personen oder Gruppen, die den kolumbianischen Paramilitärs nahe stehen, in der Schweiz befinden?

21.7792 Fivaz Fabien. Sport-Stabilisierungspaket: Wo stehen wir heute und wie geht es weiter?

Das Covid-19-Stabilisierungspaket für den Schweizer Sport läuft am 31. Dezember 2021 aus. 150 Millionen Franken sind für das Jahr 2021 vorgesehen.

- Welche Summe wurde bis Ende August 2021 mit der ersten und zweiten Tranche an die Verbände ausgeschüttet?
- Falls am Ende des Jahres 2021 Gelder übrig bleiben, werden diese den Verbänden 2022 zur Verfügung stehen?
- Falls nein, schlägt der Bundesrat mit der Botschaft zur Änderung des Covid-19-Gesetzes eine Verlängerung der Massnahmen vor?

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation**21.7632 Chevalley. Warum koordiniert das UVEK die Stellungnahmen seiner Ämter vor dem Bundesgericht nicht, sodass sie mit der Politik des Bundesrates übereinstimmen?**

Gemäss der Antwort auf die Interpellation 21.3752 ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), die für alle Projekte für Biogasanlagen mit einer Behandlungskapazität von mehr als 5000 t pro Jahr Pflicht ist, das Instrument, das es ermöglicht, die bedeutenden Auswirkungen solcher Vorhaben zu analysieren.

- Welchen Nutzen hat also ein Planungsverfahren für diese Beurteilung?
- Zudem ermöglicht eine Auflage den Bürgerinnen und Bürgern bereits, Einsprache zu erheben, wie würde ein Planungsverfahren also diesen Aspekt verbessern?
- Warum koordiniert das UVEK seine Antworten nicht?

21.7633 Pasquier. Nachtzug

Der Nationalrat hat im Juni das Postulat 19.3643 angenommen, das den Bundesrat beauftragt, "Massnahmen zu prüfen, wie eine Attraktivitätssteigerung und Erweiterung von Nachtzug-Angeboten erreicht werden kann".

Kann der Bundesrat bestätigen, dass er die Situation der Nachtzüge, die die Schweiz ohne Halt durchqueren, ebenfalls überprüfen wird, wie er dies in seiner Antwort auf meine Interpellation 19.4621 erwähnte?

Die Grenzkontrolle stellt oft ein Hindernis dar, sie sollte für solche Fahrten vereinfacht werden.

21.7661 Brenzikofer. Briefkastenleerungen und Grundversorgung

Landesweit wurden ab dem 30. Mai 2021 die Briefkastenleerungen angepasst. An Sonntagen fallen die Leerungen reduziert aus, wie aus einer Antwort der Regierung im Kanton Basel-Landschaft hervorgeht.

1. Wie viele Briefkästen sind schweizweit von deutlich früheren Leerungen betroffen und bei wie vielen findet neu keine Sonntagsleerung mehr statt?
2. Welche Bedingungen müssen aus Sicht des Bundesrates erfüllt sein, damit die Briefkastenleerungen dem Grundversorgungsauftrag der Post entsprechen?

21.7662 Brenzikofer. Sicherheitsnachweis im AKW Beznau

Wie der Bundesrat in der Beantwortung der Interpellation 21.3569 mitteilt, wurden die Unterlagen für den Sicherheitsnachweis für das 1000-jährliche Erdbeben von der Betreiberin des AKW Beznau nur teilweise eingereicht. Der Termin für die vollständige Einreichung ist September 2021.

- Wurde der Sicherheitsnachweis mittlerweile erbracht?
- Ist der Bundesrat der Ansicht, dass ein AKW, welches geforderte Mindestnachweise nicht erbringt, umgehend vom Netz genommen werden soll?

21.7665 Egger Kurt. OcCC: Ist die Wissenschaft nicht mehr gefragt?

Bundesrätin Simonetta Sommaruga möchte das Mandat für das seit 1996 bestehende beratende Organ für Fragen der Klimaänderung (OcCC) per Ende 2021 auslaufen lassen. Das irritiert und wirft Fragen auf:

- Was sind die Gründe, dass das Mandat gerade jetzt, wo die Klimafrage mehr denn je im Fokus steht, nicht verlängert wird?
- Will das Departement künftig auf den Rat der Wissenschaft verzichten?

21.7755 Munz. Wird der Einfluss der Klimaforschung auf die Regierung abgebaut und Forschungsgelder gekürzt?

Bundesrätin Sommaruga will ab nächstem Jahr auf das beratende Organ für Fragen der Klimaveränderung OcCC verzichten.

- Wie wird gewährleistet, dass die Klimaforschenden weiterhin einen direkten Zugang zur Regierung haben und angehört werden?
- Werden mit dem Verzicht auf die OcCC Gelder für die Klimaforschung gekürzt?

21.7795 Girod. Wissenschaftliche Stimme zum Klimaschutz stärken

Gemäss Medien möchte Bundesrätin Sommaruga ab nächstem Jahr auf das beratende Organ für Fragen der Klimaveränderung - kurz OcCC - verzichten.

Hierzu stellen sich folgende Fragen:

1. Mit welcher Lösung kann sichergestellt werden, dass die wissenschaftliche Stimme mit diesem Entscheid nicht geschwächt sondern gestärkt wird?
2. Wieso wurde nicht gewartet bis eine bessere Lösung feststeht, bevor der Verzicht auf OcCC beschlossen wird?

21.7701 Seiler Graf. Veröffentlichung des Berichts der EKLB zu den Verkehrslärm-Belastungsgrenzwerten

Die in der Lärmschutz-Verordnung (LSV, SR 814.41) festgelegten Belastungsgrenzwerte für Verkehrslärm werden von der Eidgenössischen Kommission für Lärmbekämpfung (EKLB) überprüft.

Vorgesehen war, dass die EKLB den Bericht zur Überprüfung der wissenschaftlichen Grundlagen der Verkehrslärm-Belastungsgrenzwerte in der ersten Jahreshälfte 2021 dem UVEK übergeben sollte (siehe Antwort auf 20.5527).

Das ist bis jetzt nicht geschehen.

Wann darf mit der Veröffentlichung des Berichts gerechnet werden?

21.7704 Walliser. Will der Bundesrat weitere Wettbewerbsverzerrungen bei der Revision der CO2-Verordnung in Zusammenhang mit Vernehmlassungsentwurf Art. 20?

- Hat der Bundesrat Kenntnis vom Gutachten der ZHAW "Die Änderung der CO2-Verordnungen durch die Verwaltung: Voraussetzungen und Grenzen"?

- Wie rechtfertigt er die geplante Fristverlängerung, obwohl das Gutachten zum Schluss kommt, dass eine Fristerhöhung den verfassungsrechtlichen Anforderungen für einen Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit nicht genügt, jedoch empirische Anhaltspunkte für eine Ungleichbehandlung bestehen und eine Fristkürzung geprüft werden müsste?

21.7705 Walliser. Will der Bundesrat Doppelbesteuerungen von Gebrauchtfahrzeugen bei der Revision der CO2-Verordnung in Zusammenhang mit dem Vernehmlassungsentwurf zu Art. 20?

Wie dem ICCT-Briefing von August 2021 entnommen werden kann, bezahlt z.B. die VW-Group in der EU für das Jahr 2020 eine CO2-Lenkungsabgabe von über 300 Mio. Euro. Wie rechtfertigt der Bundesrat die daraus resultierende Doppelbesteuerung und dadurch Verteuerung aufgrund der zusätzlichen Schweizer CO2-Sanktion für Fahrzeuge mit einer ausländischen Zulassung?

21.7706 Walliser. Erläuternder Bericht des BAFU zur Vernehmlassung Totalrevision der CO2-VO, Frist nach Art. 20.: Auslandszulassungen 2020

- Ist sich der Bundesrat bewusst, dass der Anteil an emissionsstarken Neufahrzeugen bei denen 2020 ein Abwarten der Frist vermutet wurde, aktuell stark rückläufig ist und sich wieder den Werten von 2017 - 2019 annähert?

- Zieht er in Betracht, dass im Jahr 2020 die Corona-Sondereffekte sich verantwortlich zeigen - und nicht wie vermutet potentielle Missbräuche?

- Wie rechtfertigt sich vor diesem Hintergrund eine Fristerhöhung?

21.7727 Wobmann. Bisherige CO2-Verordnung als genügende Vertrauensgrundlage für die der Disposition zugrundeliegenden Berechnung der durchschnittlichen CO2-Emissionen bei Grossimporteuren?

Mit Blick auf Artikel 27 CO2-Verordnung besteht eine erhebliche Rechtsunsicherheit bei der Planung und Bestellung der Neuwagenflotten bei den Importeuren. Es fehlen für die notwendige Bestellung der Flotte 2022 die wegweisenden Ergebnisse der Vernehmlassung zur CO2-V. mit allfälligen Inkrafttreten 1. Januar 2022 und den evtl. abweichenden Normen. Das CO2-Gesetz wurde nun vom Volk abgelehnt. Abgestützt auf welche genügende Vertrauensgrundlage können die Importeure heute ihre Dispositionen vornehmen?

21.7730 Friedli Esther. Beunruhigende Wolfsangriffe - Wolf muss reguliert werden

Die Wolfspopulation in der Schweiz vermehrt sich rasant. Diesen Sommer gab es viele Wolfsrisse. Die Bauernfamilien sehen daher mit grosser Sorge dem nächsten Sommer entgegen. So kann es nicht weitergehen.

- Ist der Bundesrat über die starke Vermehrung und Ausbreitung der Schweizer Wolfspopulation nicht auch besorgt?
- Ist er nicht auch der Meinung, dass der Wolf reguliert werden muss, damit unsere Alpen auch in Zukunft bestossen werden können?

21.7802 Roduit. Müsste man Wanderinnen und Wanderer vor Wolfsangriffen schützen?

Jede Woche ereignen sich Wolfsangriffe in verschiedenen Regionen der Schweiz. Neben den Schäden an Nutztieren wie Schafen und Kälbern sorgt die Zunahme der Wolfsrudel für ein Gefühl der Unsicherheit in der Bevölkerung. Ein Foto von fünf Wölfen im Val des Dix, nahe des Wandergebiets von Mandelon, sorgte für Aufsehen, als es durch die Medien ging. Die geänderten Bestimmungen der Jagdverordnung reichen nicht aus. Welche unmittelbaren Massnahmen wird der Bundesrat also ergreifen?

21.7738 Candinas. Wie wird in der Schweiz die Sicherheit von Touristen, Wanderern, Bikern etc. in Gebieten mit Herdenschutzmassnahmen sichergestellt?

Kürzlich kam es in Italien zu einem tödlichen Vorfall mit einem Herdenschutzhund. Eine 20-jährige Frau wurde in der Nähe eines Picknickplatzes in Monte Fiorino in der Gemeinde Satriano von einem Maremma-Schäferhund zerfleischt. Wie wird in der Schweiz die Sicherheit von Touristen, Wanderern, Bikern etc. in Gebieten mit Herdenschutzmassnahmen sichergestellt?

21.7739 Candinas. Wieso erlässt das BAFU seine Zustimmungsverweigerungen für Wolfsregulationen nicht in Form einer anfechtbaren Verfügung?

Am 11. September 2020 mit Ergänzung vom 24. September 2020 stellte der Kanton Graubünden ein Gesuch betreffend Regulation des Wolfsrudels "Beverin", welches das BAFU mit Schreiben vom 19. November 2020 mit Verweis auf einen nicht vorliegenden ausreichenden Schaden abgewiesen hat. Die Abweisung des Gesuchs erfolgte - wie offenbar üblich beim BAFU - nicht in Verfügungsform. Wieso erlässt das BAFU seine Zustimmungsverweigerungen für Wolfsregulationen nicht in Form einer anfechtbaren Verfügung?

21.7740 Candinas. Wieso gibt das BAFU eine Studie zur touristischen Potenzialbetrachtung in Auftrag?

Das BAFU liess eine Kommunikationsagentur eine Studie zum Thema "Chance Landschaft - eine touristische Potenzialbetrachtung" verfassen.

1. Wer hat den Auftrag für diese Studie erteilt?
2. Wie lautete der genaue Auftrag?
3. Ist es Aufgabe des BAFU Studien zur touristischen Potenzialbetrachtung in Auftrag zu geben?
4. Nach welchen Vorgaben wurde die Studie vergeben?
5. Wie hoch waren die Kosten?
6. Wie hoch sind die jährlichen Ausgaben des BAFU für externe Studien/Arbeiten?

21.7741 Schläpfer. 75-jährige Autofahrer

In der Schweiz müssen sich ältere Autofahrer in regelmässigen Abständen ihre Fahrtauglichkeit bestätigen lassen. Ausländische Autofahrer können ohne Untersuchung frei in der Schweiz herumfahren.

- Hält dies der Bundesrat nicht für eine klare Diskriminierung der Bewohner der Schweiz?
- Wäre es denkbar, dass man für ältere Schweizer, z.B. einen Führerausweis nur für einen Rayon in der Umgebung des Wohnortes schaffen könnte?

21.7743 Schläpfer. CO2 und Gaskraftwerke

Der Bundesrat erwägt, Gaskraftwerke in Betrieb zu nehmen, um die drohende winterliche Stromlücke füllen zu können. Einerseits werden den Bürgern CO2-Abgaben belastet, während gleichzeitig der Bund CO2-Schleudern in Form von Gaskraftwerken plant. Die Energiestrategie 2035 scheint krachend gescheitert zu sein.

Findet es der Bundesrat nicht angemessen, die CO2-Abgaben zu sistieren, solange Gaskraftwerke am Netz sind?

21.7758 Klopfenstein Broggin. Kampf gegen das Insektensterben: Wann kann mit einer Umsetzung gerechnet werden?

In seiner Antwort auf meine Interpellation 21.3849 erklärt der Bundesrat, dass er die Motionen 19.3207 und 20.3010 gemeinsam umsetzen wird.

In Anbetracht der Tatsache, dass das Insektensterben alarmierend ist, was auch vom Bundesrat im Kurzbericht "Schutz der Biodiversität" des GPK-S bestätigt wird und auch im von der Akademie der Naturwissenschaften Schweiz (SCNAT) veröffentlichten Bericht "Insektenvielfalt in der Schweiz" deutlich wird, stellen sich folgende Fragen:

- Wann werden die Motionen konkret umgesetzt?
- Und wie kann der Bundesrat sicherstellen, dass die geplanten Massnahmen dem Problem gerecht werden?

21.7761 Nicolet. Pragmatischeres Wolfsmanagement

Wegen der Angriffe von Wölfen im Kanton Waadt wurde das BAFU darum ersucht, den Abschuss von Wölfen zu bewilligen; es dauerte drei Wochen, bis das BAFU den Abschuss zweier Jungwölfe bewilligte.

Wäre es nicht angezeigt, gestützt auf Artikel 12 des Jagdgesetzes und mit dem Ziel, ein rascheres Handeln zu ermöglichen, diese Kompetenz den Kantonen zu überlassen? Und wäre es nicht angebracht, die Jagdverordnung dahingehend anzupassen, dass der Abschuss erwachsener Problemwölfe möglich wird?

21.7780 Rechsteiner Thomas. Bahn 2050: Benachteiligung ländlicher Regionen!

Gemäss den Perspektiven "Bahn 2050" des Bundesamtes für Verkehr BAV soll der Anteil des öffentlichen Verkehrs öV bis zum Jahre 2050 verdoppelt werden.

- Wie stellt der Bundesrat sicher, dass Randregionen wie z. B. der Kanton Appenzell Innerrhoden bzgl. Förderung des öV gleichbehandelt werden?

- Wie stellt er sicher, dass die ländlichen Regionen wie der Kanton Appenzell Innerrhoden mit einer unverhältnismässigen Förderung des öV und einer Abstrafung des privaten Verkehrs nicht benachteiligt werden?

21.7798 Pasquier. Hat der Bundesrat Kenntnis genommen vom Bericht der SCNAT über die Insektenvielfalt in der Schweiz und wird er sicherstellen, dass dieser den Bundesämtern zur Kenntnis gebracht wird?

Der Bundesrat hat sich mehrfach besorgt gezeigt über den Zustand der Insektenfauna. Die Akademie der Naturwissenschaften (SCNAT) hat kürzlich den Bericht "Insektenvielfalt in der Schweiz" veröffentlicht. Darin wird betont, wie dringend schnelle und ambitionierte Schutz- und Förderungsmassnahmen getroffen werden müssen.

- Hat der Bundesrat von diesem Bericht Kenntnis genommen?

- Stellt er sicher, dass dieser Bericht allen betroffenen Bundesämtern zur Kenntnis gebracht wird, wie die Motion 20.3010 dies verlangt und um darauf hinzuwirken, dass die in diesem Bereich getroffenen Massnahmen aufeinander abgestimmt sind?

Wenn ja, bis wann gedenkt er dies zu tun? Wenn nein, wieso nicht?

21.7804 Birrer-Heimo. Neue Roamingvorschriften: Was unternimmt das BAKOM gegen fehlbare Fernmeldedienstanbieter?

Laut Medienberichten halten sich verschiedene Fernmeldedienstanbieter, insbesondere Salt, in mehreren Punkten nicht an die seit 1. Januar und 1. Juli 2021 geltenden Vorschriften der Fernmeldeverordnung. Im Fokus stehen dabei Bestimmungen der Artikel 10b Absatz 1, Artikel 10d Absatz 1 Buchstabe c sowie Artikel 10d Absatz 2 FDV.

1. Weshalb toleriert das BAKOM seit über zwei Monaten Zuwiderhandlungen gegen die Fernmeldeverordnung?

2. Wann wird das BAKOM gegen die fehlbaren Fernmeldedienstanbieter Verfügungen erlassen?

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung**21.7644 Munz. Werbung für Dumping-Fleisch verbieten**

Deutschland plant ein Werbeverbot für Billigfleisch. Ist der Bundesrat bereit mit der EU gleichzuziehen und Dumping-Fleischwerbung zu verbieten oder mindestens einzuschränken?

Die starken Preisabschläge bei Aktionen sind oft reine "Frequenzbringer", wie dies auch vom Bundesamt für Landwirtschaft kürzlich in den Medien beanstandet wurde. Dies sei eine Entwicklung, die den Bemühungen des Bundes um eine nachhaltigere Ernährungspolitik nicht Rechnung trage.

21.7645 Badertscher. Weltbank: Verhandlungen zur Wiederauffüllung der IDA (International Development Association)

Die Bekämpfung des Klimawandels ist eine der Prioritäten der aktuellen Wiederauffüllung der IDA. Um der Klimakrise aktiv entgegenzutreten, sollten alle Finanzierungsmodalitäten der IDA sämtliche fossile Brennstoffe ausschliessen und die Empfängerländer gleichzeitig dabei unterstützt werden, den Übergang zu erneuerbaren Energien gerecht zu gestalten. Welchen Standpunkt vertritt die Schweiz in den aktuellen Verhandlungen?

21.7651 Schneider-Schneiter. 12. WTO-Ministerkonferenz / Vorschlag einer Aussetzung von Patentrechten auf Covid-Impfstoffe und Medizinprodukte

Ende November wird sich die Ministerkonferenz mit einer Aussetzung von Patentrechten auf Covid-Impfstoffe und Medizinprodukte befassen. Bislang lehnte die Schweiz die eingereichten Vorschläge ab.

- Ist es richtig, dass der Bundesrat das geltende TRIPS-Abkommen resp. den darin verankerten Patentschutz weiterhin aktiv verteidigt?
- Welchen Plan verfolgt er zur Sicherung des Forschungsstandorts Schweiz für den Fall, dass die Beschlüsse nicht den Zielen der Schweiz entsprechen?

21.7654 Nussbaumer. Appell der Metropolitankonferenz Basel betreffend dem MRA-Abkommen mit der EU

Die Metropolitankonferenz Basel appellierte am 14. September 2021 unter Miteinbezug der Kantone und der Sozialpartner an den Bundesrat, den Gemischten Ausschusses des MRA-Abkommens wegen Verletzung des Vertrages durch die EU einzuberufen und weitere Massnahmen (Klage wegen Verletzung WTO-Recht und/oder Klage vor dem EUGH) zu prüfen.

- Wie stellt sich der Bundesrat zu diesem konkreten Anliegen des Appells?
- Liegt bereits ein Prüfungsergebnis zu diesem Vorschlag vor?

21.7681 Molina. Weltbankgruppe: Private Sector Window (PSW) der IDA: Haltung der Schweiz

Das Parlament hat den Bundesrat beauftragt, sich in den Steuerungsorganen der Weltbankgruppe für die Förderung der öffentlichen Bildung und Gesundheit einzusetzen.

- Wie kommen die Schweizer Vertreter dieser Forderung im Kontext der aktuellen Verhandlungen zur Wiederauffüllung der IDA nach?
- Wie steht die Schweiz zum kontroversen "Private Sector Window" der IDA?

21.7713 Clivaz Christophe. Ist der Bundesrat sich sicher, dass sein Recovery-Programm für den Schweizer Tourismus keine schädlichen Auswirkungen auf die Biodiversität zur Folge hat?

Der Bundesrat hat vor Kurzem ein Recovery-Programm verabschiedet, das darauf abzielt, die Erholung des Schweizer Tourismus nach der Covid-19-Pandemie voranzutreiben. Da der Schweizer Tourismus von einer intakten Biodiversität und unversehrten Landschaften lebt, muss sichergestellt werden, dass die vorgesehenen Massnahmen keine schädlichen Auswirkungen auf ebendiese zur Folge haben.

Hat der Bundesrat sichergestellt, dass die geplanten Investitionen keine schädlichen Auswirkungen zur Folge haben?

Falls ja, was sind die Ergebnisse und wo werden sie veröffentlicht? Falls nein, warum hat er dies nicht getan?

21.7722 Friedl Claudia. Position der Schweiz zur IDA Wiederauffüllung

Die Schuldenkrise spitzt sich in vielen der ärmsten Länder drastisch zu. Laut einer Studie von Oxfam werden IDA-Länder (74 ärmsten Länder der Welt) 2021 etwa 4 Milliarden Dollar an die Weltbankgruppe zurückzahlen müssen. Es gäbe verschiedene Möglichkeiten, den Ländern ihre Schulden zu erlassen, ohne dabei die Kreditwürdigkeit der Weltbank zu gefährden.

Welche Position vertritt die Schweiz in den aktuellen Verhandlungen zur Wiederauffüllung der IDA?

21.7728 Trede. Hat der Bundesrat das Vorgehen zur Stärkung der Kostenwahrheit bereits festgelegt?

Laut seiner Antwort auf den Bericht der GPK-S zum "Schutz der Biodiversität in der Schweiz" will der Bundesrat die Kostenwahrheit in der Landwirtschaft stärken. In der Antwort auf meine Interpellation 20.4223 schrieb er, dass er "das weitere Vorgehen zu gegebener Zeit festlegen" werde. Angesichts seiner grossen Besorgnis über den Zustand und den kontinuierlichen, spürbaren Rückgang der Biodiversität:

Hat der Bundesrat dieses Vorgehen festgelegt?

Wenn nein, warum?

Wenn ja, wann informiert er?

21.7729 Trede. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass die Digitalisierung bei der beruflichen Anwendung von Pestiziden Einzug halt?

Der Bundesrat schreibt auf meine Fragen 21.7495 und 21.7608, dass der Verkauf und die professionelle Anwendung von Pestiziden künftig in einem Informationssystem registriert werden.

- Welche digitalen Lösungen sieht er vor, zur Unterstützung der beruflichen Anwenderinnen bei der (mobilen) Datenerfassung?

- Wird er dieses Informationssystem mit den Daten aus dem Pflanzenschutzmittelverzeichnis verbinden, damit auf dem Feld künftig für jede Anwendung die aktuellen Auflagen abgerufen werden können?

21.7762 Roduit. Massnahmen für Winzerinnen und Winzer bis zur Einführung der Unterstützung der Ernteversicherung

Die Winzerinnen und Winzer sind mit einer sehr schwierigen wirtschaftlichen Situation konfrontiert. Klimatische Risiken und Pilzkrankheiten haben starke Auswirkungen auf die Ernte von 2021, während der Markt durch den Druck auf die Traubenpreise bereits angespannt war. Die Massnahmen der Agrarpolitik ab 2022 (AP22+), vor allem die Unterstützung der Ernteversicherung, haben sich um mehrere Jahre verzögert.

- Was unternimmt der Bundesrat zur direkten Unterstützung der Winzerinnen und Winzer?

- Befürwortet er eine zusätzliche Unterstützung bis zur Einführung der Massnahmen der AP22+?

21.7769 Rytz Regula. Die biodiversitäts-, gesundheits- und klimaschädigende Absatzförderung abschaffen oder zumindest konsequent an nachhaltigen Strategien ausrichten!

Zur Motion 20.4245 schreibt der Bundesrat, dass er im Rahmen der Ernährungsstrategie 2025 die gesunde Ernährung, die Vermeidung von Food-Waste, die nachhaltige landwirtschaftliche Produktion und die Reduktion von THG entlang der Lebensmittel-Wertschöpfungsketten vorantreiben will.

Wird er nun die biodiversitäts-, gesundheits- und klimaschädigende Absatzförderungen abschaffen oder die Absatzförderung zumindest konsequent an nachhaltigen Zielen ausrichten?

Wenn ja, ab wann?

Wenn nein, warum nicht?

21.7773 Bendahan. Welche Massnahmen werden getroffen, um die Schwierigkeiten im Gastgewerbe zu bewältigen, während Covid noch immer erhebliche Auswirkungen hat?

Viele Unternehmen, insbesondere im Gastgewerbe, leiden weiterhin unter den Auswirkungen der Covid-Krise; Während sie Massnahmen ergreifen müssen oder zusehen, wie sich ihr Umsatz verkleinert, neigen sich die Hilfs- und Unterstützungsprogramme dem Ende zu.

Was ist die Reichweite dieses Problems und was wird der Bundesrat unternehmen, um diese Branche zu unterstützen, nachdem es erwiesen ist, dass diese Schwierigkeiten in direktem Zusammenhang mit der Covid-Krise stehen?

21.7774 Bendahan. Welche Massnahmen werden getroffen, um die Schwierigkeiten des Gastgewerbes bei der Rückzahlung von Covid-Darlehen zu bewältigen?

Eine Vielzahl von Gastronominnen und Gastronomen hat sich als direkte Reaktion auf die Covid-Krise massiv verschuldet, vor allem mit Covid-Darlehen. Die Branche hat sich in Bezug auf die Umsätze noch nicht erholt und wird 2022 mit der Zurückerstattung dieser Schulden beginnen müssen, was in ohnehin schon schwierigen Zeiten einen erheblichen zusätzlichen Geldabfluss darstellt.

Was ist die Reichweite dieses Problems und was wird der Bundesrat unternehmen, um diese Branche zu unterstützen?

21.7776 Bendahan. Gibt es Sektoren, für die ein Konjunkturprogramm notwendig ist?

Manchmal braucht es für einen Sektor oder bestimmte Firmen ein Konjunkturprogramm, um den Weg aus der Krise zu finden. Dies wird nicht für alle Bereiche nötig sein. Hat der Bundesrat Bereiche identifiziert, die von einem Konjunkturprogramm so profitieren würden, dass die Kosten-Nutzen-Analyse für den Bund positiv ausfallen würde?

21.7781 Birrer-Heimo. Abgepackte Pflanzenerde: Wer ist zuständig für Qualität und Kontrollen?

Die Qualität portionierter, abgepackter Gartenerde, die an Privatpersonen verkauft wird, scheint niemand zu kontrollieren. BLW, BAFU, BLV, EPSD (Eidg. Pflanzenschutzdienst) und die kantonalen Labors streiten ihre Zuständigkeit ab. Die Qualität der Erde ist teilweise sehr fragwürdig.

- Wo und wie wird die Qualität abgepackter Gartenerde gesetzlich definiert?
- Wer kontrolliert die abgepackte Gartenerde?
- Gibt es Sanktionen beim Verkauf von stark verunreinigter oder gesundheitsgefährdender Gartenerde?

21.7786 Piller Carrard. Abschaffung des freien Tags bei der Geburt

Vor Inkrafttreten des Vaterschaftsurlaubs Anfang 2021 hat das SECO ohne vorherige Ankündigung und ohne Konsultation des Parlaments beschlossen, den einem Vater bei der Geburt seines Kindes zustehenden freien Tag abzuschaffen. Gemäss dem Rechtsgutachten von Professor Thomas Geiser, der von Travail Suisse beauftragt wurde, muss dieser freie Tag jedoch zusätzlich zum neuen zehntägigen Urlaub gewährt werden, da der freie Tag und der Urlaub einen unterschiedlichen Zweck haben. Ist der Bundesrat der Ansicht, dass das SECO korrekt gehandelt hat? Wenn nicht, was gedenkt er zu tun?

21.7788 Piller Carrard. Verweigerung des Vaterschaftsurlaubs

Das Recht von Vätern auf einen zweiwöchigen Urlaub bei der Geburt ihres Kindes wird nicht beachtet, so die Gewerkschaft Travail Suisse, die von mindestens 70 solchen Fällen in acht Monaten Kenntnis hat. Da im Fall von Vaterschaft kein Kündigungsschutz besteht, hat kein Vater es gewagt, Beschwerde einzureichen.

Daher bitte ich den Bundesrat, folgende Frage zu beantworten:

Wie gedenkt der Bundesrat vorzugehen, um den Anspruch auf Vaterschaftsurlaub überall durchzusetzen?

21.7801 Pasquier. Endokrine Disruptoren. Wartet der Bund ab, was die EU macht, oder prüft er die für die Verwendung in Pestiziden genehmigten Wirkstoffe proaktiv?

Der Bundesrat hat auf meine Frage 21.7607 geantwortet, dass die EU 2019 neue Kriterien in Bezug auf endokrine Wirkungen angenommen hat und dass alle Wirkstoffe überprüft werden.

- Wie viele Wirkstoffe sind seither auf ihre endokrinen Wirkungen überprüft worden?

Bei wie vielen wurde dabei die Genehmigung nicht erneuert?

Wie viele müssen noch überprüft werden?

- Wartet die Schweiz ab, was die EU macht, oder prüft sie die genehmigten Wirkstoffe proaktiv?

Departement des Innern**21.7631 Estermann. Gefährliche Sorgfaltspflichtverletzung bei den Impfungen?**

Eine Impfsubstanz muss nach dem Hinweis von SWISSMEDIC streng intramuskulär gespritzt werden. Die einzige Überprüfung für diese Vorgabe ist dabei die Aspiration. Diese wird aber meistens nicht gemacht! Die Patienten verlassen sich darauf, dass die Impfung sicher ist. Wenn die Aspiration nicht durchgeführt wird, handelt es sich dabei um eine Sorgfaltspflichtverletzung. Bei Komplikationen kann dann eine Anklage drohen. Warum wird diese gefährliche Sorgfaltspflichtverletzung trotzdem gestattet?

21.7636 Giacometti. Coronavirus: neue Vorschriften für die Einreise in die Schweiz

Der Bundesrat hat den Kantonen zwei Entwürfe zur Konsultation unterbreitet, einer davon bezüglich der Einreise von nichtgenesenen und nichtgeimpften Personen in die Schweiz. Die beiden vorgeschlagenen Varianten sehen Ausnahmen vor: Grenzgängerinnen und Grenzgänger, Kinder unter 16 Jahren, Transitpassagiere und der Güterverkehr durch die Schweiz.

Warum sieht der Bundesrat keine Ausnahmen für Bürgerinnen und Bürger vor, die sich in Schweizer Grenzgebieten aufhalten und sich für eine begrenzte Zeit ins Ausland begeben und danach in die Schweiz zurückkehren wollen.

21.7638 Steinemann. Ausgesprochene Strafen beim Straftatbestand von Art. 190 StGB Vergewaltigung

- Wie viele Täter, die zwischen 1984 und 2007 wegen Vergewaltigung verurteilt wurden, kamen mit einer bedingten, wie viele mit einer unbedingten Freiheitsstrafe davon?

- Wie sieht das Verhältnis bedingte/unbedingte Freiheitsstrafe ab 2007 aus?

- Wie viele Täter kamen mit einer teilbedingten Freiheitsstrafe davon?

Wie viele Tage sassen diese im Gefängnis ab?

- Wie viele mit einer bedingten Geldstrafe?

21.7639 Steinemann. Wie viele ausländische Langzeitbezüger hat die Schweiz?

Seit Oktober 2010 müssen die Gemeinden den Kantonen die Höhe der bezogenen Sozialhilfegelder von Ausländern mitteilen. Die Kantone leiten diese Daten dem SEM weiter.

- Wie viele Haushalte beziehen seit 2010 Sozialhilfe?
- Wie viele Haushalte beziehen seit mindestens acht Jahren Sozialhilfe?
- Wie viele Haushalte haben seither mehr als 1 Million Franken bezogen?
- Wie viele Haushalte zwischen 0,8 und 1 Millionen Franken?
- Wie viele Haushalte zwischen 0,5 und 0,8 Millionen Franken?

21.7642 Gutjahr. Transparenz beim Impfstatus gefordert

Man spricht aktuell von "der Pandemie der Ungeimpften", woraus zu schliessen ist, dass der Impfstatus erhoben wird. Dies wird jedoch nicht transparent gemacht. Wann werden deshalb im Sinne der Transparenz die Statistiken dahingehend ergänzt, dass der Impfstatus sowohl bei den laborbestätigten Fällen, bei den Hospitalisationen als auch bei der Auslastung der Intensivstationen sofort ersichtlich ist?

21.7643 Gutjahr. Kostenlose Selbsttests werden mit unterschiedlichen Beträgen abgerechnet - wieso?

Personen, die aktuell weder geimpft noch genesen sind, können innerhalb von 30 Tagen jeweils 5 Tests kostenlos beziehen. Der Bund übernimmt alle Kosten für die Selbsttests. Die Apotheke rechnet die Tests direkt über die Krankenkasse ab.

- Wie viel vergütet der Bund für diese 5 Tests im Total?
- Kann es sein, dass Krankenkassen unterschiedliche Beiträge dafür abrechnen können? Falls ja, weshalb?
- Hat sich die Vergütung seit der Bezugsmöglichkeit verändert?

21.7648 Dobler. Wann können sich die Bürgerinnen und Bürger der Schweiz mit nicht mRNA Impfstoffen impfen lassen?

Ein Teil der Bevölkerung ist nicht grundsätzlich gegen Impfungen, sondern steht der neuen Technologie der mRNA Impfstoffe skeptisch gegenüber. Heute kann man sich nur mit mRNA Impfstoffen impfen. Für eine möglichst hohe Impfquote muss das Angebot erweitert werden.

- Wie ist der Verhandlungsstand bei Herstellern, der Zulassungsstand bei SwissMedic und die Lieferbarkeit von nicht mRNA Impfstoffen (z.B. J&J, Novovax)?
- Wann ist mit Impfungen von protein- oder vektorbasierten Impfstoffen zu rechnen?

21.7667 Zuberbühler. Höhere Impfquote mit klassischen Impfstoffen, die nicht auf der mRNA-Methode basieren?

Bis jetzt sind in der Schweiz zwei mRNA-Impfstoffe von Moderna und Pfizer/Biontech erhältlich. Da einige Menschen der mRNA-Impfung und somit den Impfstoffen von Moderna und Pfizer/Biontech nicht vertrauen, zögern sie vor der Impfung.

- a. Ist der Bundesrat der Ansicht, dass ein erweitertes Impfangebot mit klassischen Impfstoffen Menschen zum Impfen motivieren könnte?
- b. Wird er zusätzlich einen klassischen Impfstoff gegen Corona, der nicht auf der mRNA-Methode basiert, beschaffen?

21.7696 Cottier. Covid-19: Sind vektorbasierte Impfstoffe für diejenigen, die dies wünschen, verfügbar?

Der Bundesrat hat kürzlich in seinen Antworten auf die Interpellation 21.3790 und die Frage 21.7373 festgehalten, dass traditionelle vektorbasierte Impfstoffe "in der Schweiz derzeit nur als Alternative für diejenigen Personen vorgesehen [sind], die sich nicht mit einem mRNA-Impfstoff impfen lassen können oder wollen", und zwar, weil diese Impfstoffe als weniger wirksam eingestuft werden.

Ist der Zugang zu vektorbasierten Impfstoffen in Anbetracht der Tatsache, dass eine hohe Impfquote wichtig ist und dass ein Teil der Bevölkerung Vorbehalte gegenüber der mRNA-Technologie hegt, möglich oder wird er es bald sein?

21.7753 Addor. Notzulassung von Totimpfstoffen

Ist der Bundesrat gewillt, die notwendigen Massnahmen für eine Notzulassung von Totimpfstoffen gegen Covid-19 zu treffen, um den Teil der Bevölkerung, der einer Impfung nicht generell abgeneigt ist, aber Bedenken bezüglich der mRNA-Technologie hat, dazu zu bewegen, sich impfen zu lassen?

21.7649 Bulliard. Covid-Tests für Angestellte in Restaurationsbetrieben

Nach der Ausweitung der Zertifikatspflicht müssen Gäste von Restaurations- und Kulturbetrieben geimpft, getestet oder genesen sein, nicht aber das Personal. Wer müsste ab 1. Oktober die Kosten für Tests übernehmen, falls Betriebe von ihren Angestellten ein Zertifikat am Arbeitsplatz verlangen?

21.7650 Bulliard. Kurzzeitig zusätzliche Intensivbetten schaffen

Nach dem drastischen Anstieg der Fallzahlen von Covid-19 droht den Spitälern erneut eine Überlastung, vor allem Betten für Intensivpflege sind knapp.

- Welche Möglichkeit sieht der Bundesrat, kurzfristig zusätzliche IPS-Betten zu schaffen?
- Welche Rollen könnten dabei die Regionalspitäler übernehmen?

21.7694 Gafner. Abbau der Intensiv-Pflege Betten

Es ist immer wieder die Rede vom drohenden Kollaps des Gesundheitswesens und einer übermässigen Belastung des Personals von Intensivstationen, welche COVID-Patienten betreuen. Die Statistiken zeigen jedoch zweifelsohne einen Abbau der Spitalpflegeplätze im Verlauf der letzten beiden Jahre.

Wie gedenkt der Bundesrat einen weiteren Bettenabbau zu verhindern?

21.7794 Rösti. Massnahmen des Bundesrates, um Mangel an Intensivpflegeplätzen schnellstmöglich zu erhöhen, um weitere Einschränkungen zu vermeiden

1. In der 'Normalisierungsphase' sollte nur noch die Auslastung der Intensivstationen massgebend sein. Ergreift der Bundesrat Massnahmen, um die Kapazität der Intensivpflege zu erhöhen, anstatt erneut auf Einschränkungen zurückzugreifen?
2. Welche sind das konkret?
3. Hat er eine Anpassung der gesetzlichen Grundlagen (bspw. der Covid-19-Verordnung 3 Art. 25) evaluiert, um die Anforderungen an die Ausstattung und das Personal vorübergehend zu reduzieren, um die erhöhte Auslastung zu bewältigen?

21.7810 Aeschi Thomas. Covid-19: Anzahl der verfügbaren IPS-Betten

- Wie viele IPS-Betten sind aktuell tatsächlich verfügbar?
- Weshalb waren im März 2020 1500, im November 2020 noch 1100 und weshalb sind aktuell nur noch 850 IPS-Betten verfügbar?
- Könnte dieser IPS-Betten-Abbau damit zu tun haben, dass ein IPS-Bett ein Vielfaches eines regulären Betts kostet, und dass die Spitäler und Kantone entsprechend aus finanziellen Gründen die IPS-Bettenzahl reduzierten?

21.7652 Pointet. Ist der Schutz der Personendaten durch eine Zertifikatspflicht am Arbeitsplatz gefährdet?

In Artikel 25 der Covid-19-Verordnung besondere Lage wird die Berechtigung zur Überprüfung von Zertifikaten durch Arbeitgeber geregelt.

Können Arbeitgeber, je nachdem ob ein Zertifikat vorliegt oder nicht, von ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Einhaltung unterschiedlicher Massnahmen verlangen, wie zum Beispiel, dass das Maskentragen nur von Personen ohne Zertifikat, oder sogar nur von nichtgeimpften Personen, verlangt wird?

Denn unterschiedliche Massnahmen können auf den Impfstatus einer Person schliessen lassen, was nicht wünschenswert ist.

21.7656 Grüter. Warum gibt es kein Zertifikat für nachgewiesene Antikörper? Damit wird nur die Immunitätsrate künstlich und willkürlich tief gehalten

Wer mehr oder weniger symptomlos eine Covid-Erkrankung hatte und heute per Test Anti-Körper nachweisen kann, erhält kein Zertifikat. Obwohl sein Immunität-Status sich von einem nachweislich Genesenen nicht unterscheidet. Das ist willkürlich und verschleiern, dass die Herdenimmunität weit höher ist als offiziell mit Geimpften und Genesenen ausgewiesen.

- Warum werden positive Antikörpertests nicht für das Zertifikat zugelassen?
- Wird der Bundesrat diese Möglichkeit zulassen?

21.7657 Geissbühler. Covid-19 erkrankte Ausländer auf Schweizer Intensivstationen

Wie viele Ausländer, welche an Covid-19 erkrankt sind, belegen in der Schweiz aktuell die Intensivstationen?

21.7807 Aeschi Thomas. Covid-19: Siebzig bis achtzig Prozent der IPS-Patienten haben Migrationshintergrund

Gemäss Antwort auf die Frage 20.5938 vom 2. Dezember 2020 verfügt der Bundesrat über keine Angaben über die Nationalität der an Coronavirus erkrankten und hospitalisierten Personen. Am 1. September 2021 sagte die Zürcher Gesundheitsdirektorin in einem Interview im Tagesanzeiger: "Aktuell haben zwischen siebzig und achtzig Prozent der IPS-Patienten einen Migrationshintergrund."

Da die Kantone offensichtlich die Nationalitäten der IPS-Patienten kennen, weshalb liegen dem Bund diese Informationen nicht vor?

21.7808 Aeschi Thomas. Covid-19: Auslastung der IPS-Betten durch Ausländer und Personen mit Migrationshintergrund sowie Covid-Fälle im Asylwesen

Am 1. September 2021 sagte die Zürcher Gesundheitsdirektorin in einem Interview im Tagesanzeiger: "Aktuell haben zwischen siebzig und achtzig Prozent der IPS-Patienten einen Migrationshintergrund."

- Was ist die aktuelle Auslastung der Schweizer IPS-Betten durch Ausländer und durch Personen mit Migrationshintergrund?
- Wie viele Covid-Fälle wurden seit Beginn der Pandemie im Asylwesen des Bundes verzeichnet?

21.7659 Reimann Lukas. Pflege-Quote in der Schweiz wirft Fragen auf

Stimmt es, dass die Schweiz eine der höchsten Pro-Kopf-Quote an Pflegekräften hat, aber der Bundesrat einen angeblichen Mangel an Pflegepersonal in der Covid-19 Pandemie feststellt?

21.7663 Brenzikofer. Kosten für Antigen-Schnelltests

Die Schnelltest-Kosten werden noch bis am 1. Oktober 2021 übernommen. Für viele Menschen bedeutet dies ein faktisches Impfblogatorium oder der Ausschluss aus Teilen des öffentlichen Lebens.

1. Erwägt der Bundesrat, den Entscheid zur Kostenpflicht der Antigen-Schnelltests, nach Einführung der Zertifikatspflicht anzupassen?
2. Teilt er die Ansicht, dass Universitäten und FH mit Zertifikatspflicht für Nicht-Geimpfte kostenlose Testmöglichkeiten anbieten sollten?

21.7666 Zuberbühler. Onlinepetition: Über 220 000 Menschen fordern weiterhin kostenlose Coronatests, weil sie einen Ausschluss aus dem öffentlichen Leben fürchten

Am 13. September wurde die Zertifikatspflicht in der Schweiz ausgeweitet. Hinzu kommt, dass ab dem 1. Oktober keine kostenlosen Coronatests für das Zertifikat mehr ausgestellt werden. Während der Bundesrat mit diesem Entscheid eine Spaltung der Gesellschaft in Kauf nimmt, bleibt die Impfung weiterhin gratis.

Ist der Bundesrat bereit, das Anliegen der Petitionäre aufzunehmen und ab dem 1. Oktober 2021 weiterhin kostenlose Coronatests anzubieten, um eine Spaltung der Gesellschaft abzuwenden?

21.7699 Studer. Testkosten Studierende und Auszubildende

Ab 1. Oktober übernehmen Nicht-Geimpfte ihre Testkosten. Ein Antigen-Schnelltest kostet heute rund 54 Franken. Je nach Berufsschule, Fachhochschule oder Universität besteht schon eine Zertifikationspflicht, ansonsten wird Fernunterricht vorausgesetzt. Trotz den vielen Vorteilen von Fernunterricht, ist die physische Präsenz zum Teil unerlässlich. Welche Massnahmen gedenkt der Bundesrat zu treffen um die hohe finanzielle Belastung der nicht-geimpften Studierenden zu senken?

21.7735 Humbel. Kostenfreie Tests für das Covid-Zertifikat

Als der Bundesrat die Kostenpflicht fürs Testen per 1. Oktober verfügt hat, galt das Covid-Zertifikat in beschränktem Rahmen. Inzwischen wurde die Zertifikatspflicht auf viele Bereiche ausgedehnt, was für Ungeimpfte, vor allem für Jugendliche, zu Finanzierungs-schwierigkeiten führen kann.

Ist der Bundesrat bereit auf seinen Entscheid zurückzukommen und allen Testwilligen, namentlich Jugendliche bis 25 Jahren, via Krankenversicherer bspw. weiterhin 5 Tests pro Monat zu bezahlen?

21.7751 Gugger. Gratis Covid19 Tests sind für die Bürger*innen zu verlängern

Covid19 Tests sind ab dem 1. Oktober 2021 durch die Bürger*innen selbst zu zahlen! Für noch Ungeimpfte entstehen ab dem 1. Oktober 2021 grosse Test-Kosten für berufliche Anlässe wie Kurse an Hochschulen, Kundenevents, Vereinsaktivitäten >30 Personen, Familienfeiern und auswärtige Verpflegung.

- Ist der Bundesrat bereit die Tests übergangsweise bis mindestens Ende Oktober zu finanzieren?

- Gedenkt der Bund eine bestimmte Anzahl gratis Tests für Ungeimpfte abzugeben?

21.7778 Glättli. COVID-19-Tests: Gratis Tests für Asymptomatische sind sinnvoll aus Public Health Perspektive (1)

Tests schützen nicht die Getesteten, sondern die Allgemeinheit. Nur genügend Tests ermöglichen die Entwicklung der Pandemie zeitnah zu kennen. Mit der ausgeweiteten GGG-Zertifikatspflicht stellt sich schliesslich die Frage, ob kostenpflichtige Tests nicht einen epidemiologisch nicht gerechtfertigten sozialen Graben auf tun zwischen Personen, die sich Tests leisten/nicht leisten können.

Ist der Bundesrat bereit, seinen Entscheid zu korrigieren und asymptomatische Tests weiterhin gratis zu ermöglichen?

21.7779 Glättli. COVID-19-Tests: Gratis Tests für Asymptomatische sind sinnvoll aus Public Health Perspektive (2)

Tests schützen nicht die Getesteten, sondern die Allgemeinheit. Da auch geimpfte Personen das Coronavirus übertragen können, kommt freiwilligen und präventiv durchgeführten Tests weiterhin eine hohe Bedeutung zu, z.B. vor dem Besuch grösserer Veranstaltung, von besonders Verletzlichen (deren Impfschutz wegen früher Impfung schwächer ist) oder von (Familien-)Feiern.

Ist der Bundesrat bereit, zumindest eine bestimmte Anzahl Tests pro Monat auch für asymptomatische Geimpfte gratis zu machen?

21.7664 Marchesi. Ist sich der Bundesrat sicher, dass er der Bevölkerung die Covid-Zertifikatspflicht auferlegen kann?

Der Bundesrat hat eine Covid-Zertifikatspflicht für den Zugang zu Bars, Restaurants und anderen Einrichtungen und Veranstaltungen beschlossen. Von mehreren Seiten wurde die Frage der Zulässigkeit dieser Massnahme aufgeworfen. Das Parlament hat dem Gesetz zwar zugestimmt, dennoch würde selbst im Falle eines positiven Volksentscheids die Gesetzesgrundlage für eine so weitgehende Pflicht fehlen.

Kann der Bundesrat versichern, dass sein Entscheid einer gerichtlichen Anfechtung standhält?

21.7668 Zuberbühler. Corona-Studie: Genesene sind besser vor Virus geschützt als Geimpfte

Eine neue Studie von zwei Wissenschaftlerinnen aus Israel hat Überraschendes aufgedeckt: Die Ergebnisse zeigen, dass von dem Coronavirus Genesene besser vor dem Virus geschützt sind, als Geimpfte. Dennoch unterscheidet sich die Gültigkeitsdauer des Covid-Zertifikats in der Schweiz: Für Geimpfte ist es 365 Tage, für Genesene nur 180 Tage gültig. Aufgrund neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse kann der Bundesrat die Gültigkeitsdauer anpassen.

Wann hebt der Bundesrat die Ungleichbehandlung auf?

21.7674 Roth Franziska. Wieso müssen sich Genesene impfen lassen, um ein Covid-Zertifikat zu erhalten?

Internationale Studien und eine aktuelle Studie der Universitätsklinik Innsbruck zeigen, dass Coronavirus-Genesene eine Langzeitimmunität aufweisen. Auch seien abermalige Infektionen, Mutationen und Übertragungen kein Grund zur Sorge.

- Berücksichtigt der Bundesrat die Entwicklung des Immunitätsstatus Genesener bei der Beurteilung der Verhältnismässigkeit der getroffenen Massnahmen?
- Wieso müssen sich Genesene impfen lassen, um ein (nationales) Covid-Zertifikat zu erhalten?

21.7767 Dettling. Ungleichbehandlung bei Geimpften und Genesenen

Wer geimpft ist erhält ein Covid-Zertifikat für 12 Monate, wer genesen ist für 6 Monate.

- Auf welche wissenschaftlichen Erkenntnisse stützt der Bundesrat diesen Entscheid? Wer eine hohe Konzentration an Antikörper im Blut hat erhält kein Covid-Zertifikat.
- Auf welche wissenschaftlichen Erkenntnisse stützt der Bundesrat diesen Entscheid?
- Ist er bereit diese Ungleichbehandlungen zu korrigieren?

21.7669 Estermann. Knebelverträge mit der Pharma-Industrie? I

In Sachen "Corona- Impfstoff" kam in Deutschland der Inhalt des geleakten Vertrages an die Öffentlichkeit, den die Pharma-Firma PFIZER/BIONTECH mit der Bundesregierung abgeschlossen hat.

1. Hat der Bundesrat einen ähnlichen Vertrag abgeschlossen?
2. Ist dieser Vertrag öffentlich? 3. Wenn nein, warum nicht?

21.7670 Estermann. Knebelverträge mit der Pharma-Industrie? II

Im Vertrag steht: "Der Käufer - also die Bundesregierung - verzichtet hiermit auf alle Rechte und Rechtsmittel, die ihm nach dem Gesetz, nach dem Billigkeitsrecht oder anderweitig zustehen...". Weiter steht dort, dass "die langfristigen Wirkungen und die Wirksamkeit des Impfstoffs derzeit noch nicht bekannt sind und dass er auch unerwünschte Wirkungen haben kann". Die staatlich finanzierte Impfkampagne lässt glauben, dass die Covid-Impfung harmlos ist.

Was sagt der Bundesrat dazu?

21.7671 Estermann. Knebelverträge mit der Pharma-Industrie? III

Und weiter steht im Vertrag: "Der Käufer - also die Bundesregierung - erklärt sich bereit, PFIZER/BIONTECH und deren Unternehmen von und gegen Klagen, Ansprüche, Aktionen, Forderungen, Verluste, Schäden, Verbindlichkeiten, Abfindungen, Strafen, Bussgelder, Kosten und Ausgaben freizustellen, zu verteidigen und schadlos zu halten!"

1. Was sagt der Bundesrat zu diesen Aussagen?
2. Hat auch der Bundesrat Verträge mit ähnlichen Bedingungen abgeschlossen?

21.7672 Roth Franziska. Kostenübernahme von Liposuktion durch die Krankenkasse

Der Entscheid über die Kostenübernahme einer Liposuktion liegt jeweils beim Krankenversicherer. Aus Schilderungen von Betroffenen wissen wir jedoch, dass Vertrauensärztinnen und -ärzte der Versicherer meistens von einer Kostenübernahme eines chirurgischen Eingriffes der genetisch bedingten Krankheit abraten. Die Folgen davon sind bekannt: Schmerzen, finanzieller Ruin, Arbeitslosigkeit usw..
Hat der Bundesrat Kenntnis dieser Problematik und wenn ja, was gedenkt er dagegen zu unternehmen?

21.7675 Tuena. Unredliche Bevorteilung von Grenzgängern bei der Zertifikatspflicht

Wieso will der Bundesrat die Grenzgänger von der Zertifikatspflicht ausnehmen und alle anderen Personengruppen, systematisch einer Zertifikatspflicht oder gar Quarantäne unterstellen?

21.7679 Porchet. Welche Lösung gibt es für genesene Personen, die keinen Zugriff auf das Covid-Zertifikat haben?

Für Antigen-Tests wird gemäss EU-Bestimmungen kein Covid-Zertifikat ausgestellt. Es gibt also Personen, die genesen sind, die das Covid-19-Zertifikat nicht erhalten und sich noch nicht impfen lassen können. Das BAG hat aus praktischen Gründen davon abgesehen, ein nur in der Schweiz gültiges Zertifikat einzuführen. Dennoch ist in der App bereits ein Zertifikat Light verfügbar.

Ist es nicht angemessen, diesen Personen mit der Abschaffung der Gratis-Tests Zugang zu diesem Zertifikat Light oder einer anderen Lösung zu verschaffen?

21.7680 Porchet. Geschlechtsspezifische Medizin: Bessere Informationen in Bezug auf die Covid-19-Impfung für Frauen

Während in Ländern wie Belgien die Impfung von Schwangeren seit April priorisiert wurde, hat die Schweiz lange gewartet, um die Impfung für Schwangere zuzulassen. Und da es so gut wie keine Studien zu den Auswirkungen der Impfung auf den Menstruationszyklus oder die Fruchtbarkeit gibt, verzichtet eine Vielzahl von Frauen auf eine Impfung. Kurzum bezahlt die Schweiz einen hohen Preis für ihr mangelndes Interesse an geschlechtsspezifischer Medizin.

Welche Massnahmen sind nun vorgesehen, um Frauen besser über die Impfung zu informieren?

21.7685 Steinemann. Kosten der Pandemie und Gewichtung dieser Ausgaben

94 Milliarden Franken kostete die Corona-Pandemie, trotzdem wurden Intensivbetten wieder abgebaut. Dies erstaunt, werden doch fast alle Massnahmen damit begründet, die Kapazitäten würden an ihre Grenzen stossen.

- Wie viele dieser Mittel sind in die entsprechende Spitalinfrastruktur geflossen?

Als Begründung wird der Mangel an zertifizierten Spezialisten angeführt. Der PFZ verdanken wir angeblich stete Verfügbarkeit von geeigneten Arbeitskräften.

- Warum wird dennoch Personalmangel als Grund angeführt?

21.7686 Fivaz Fabien. Kein Anspruch auf Entschädigung für Erwerbsausfall infolge der Aufhebung des generellen Veranstaltungsverbots

Für eine Vielzahl von Kulturschaffenden ist eine Rückkehr zur Normalität in einem Sektor, der wesentlich geringeren Zulauf als sonst aufweist, nicht möglich. Das BSV hat am 01. September 2021 entschieden, dass kein Anspruch mehr auf Erwerbsersatz infolge des generellen Veranstaltungsverbots besteht. Dieser Entscheid wurde an die Ausgleichskassen übermittelt (Kreisschreiben Nr. 18).

- Welche Auswirkungen hat dieser Entscheid auf die Kulturschaffenden?

- Hat sich die Situation so verbessert, dass der Entscheid rechtfertigbar ist?

21.7687 Wasserfallen Flavia. meineimpfungen.ch - Auskunftsbegehren

Auf meineimpfungen.ch hatten ungefähr 450 000 Personen ihre Daten eingetragen. Der EDÖB teilt in den Medien mit, dass das BAG eine Lösung für die Bearbeitung von Auskunfts-, Berichtigungs- und Löschungsbegehren erarbeitet hat.

- Wie und wann kommen die betroffenen Personen demnach wieder an ihre Daten?

- Was passiert mit den Daten von Personen, die noch kein Auskunftsbegehren gestellt haben?

21.7688 Wasserfallen Flavia. Finanzielle Unterstützung durch das BAG

Gemäss Recherchen von dnip.ch reichte die Stiftung meineimpfungen ein Finanzhilfegesuch von 1 Million Franken für die Umsetzung der Nationalen Impfstrategie von 2020-2023 ein. Wurde oder wird diese Finanzhilfe gewährt? Falls ja: Wann und mit welcher Begründung wurde darüber entschieden?

21.7689 Quadri. Befreiung von der Covid-Zertifikatspflicht: Wissenschaft oder Ideologie?

Der Bundesrat hat eine Covid-Zertifikatspflicht für diverse Einrichtungen beschlossen und hat Vorschläge zu Kontrollmassnahmen an den Grenzen in die Konsultation geschickt.

- Warum gilt die Covid-Zertifikatspflicht nicht für die öffentlichen Verkehrsmittel?

- Warum sind Grenzgängerinnen und Grenzgänger bei der Einreise in die Schweiz nicht verpflichtet, ihr Covid-Zertifikat vorzuweisen?

- Sind die oben erwähnten Entscheide auf wissenschaftliche oder politisch-ideologische Beweggründe zurückzuführen?

21.7691 Gafner. Wie rechtfertigt der Bundesrat die Zertifikatspflicht?

Drastisch steigende Fallzahlen in Israel und Ländern mit hoher Impfquote zeigen, dass die Wirksamkeit der mRNA Injektionen nicht den Erwartungen aufgrund der sog. Zulassungsstudien entspricht. Auch in der Schweiz häufen sich Impfdurchbrüche. Neuerdings wird sogar die Zweckmässigkeit von Booster-Impfungen angezweifelt. Zudem ist wissenschaftlich erwiesen, dass doppelt geimpfte Personen eine mindestens so hohe Viruslast wie ungeimpfte aufweisen, also andere Menschen anstecken können.

21.7692 Gafner. Führt nur die Impfung aus der Pandemie?

Es gilt in wissenschaftlichen Kreisen als höchst umstritten, ob mit Impfungen gegen respiratorische Viren überhaupt Herdenimmunität erzielt werden kann. Stimmen von Virologen und Epidemiologen mehren sich, welche eine Massenimpfung in eine Pandemie hinein kritisch hinterfragen und sogar einen Selektionsdruck auf das Virus mit Erzeugung gefährlicherer Mutationen postulieren. Alles Effekte, die momentan weltweit zu beobachten sind.

Weshalb hält der Bundesrat trotzdem an dieser Strategie fest?

21.7693 Gafner. Wie gedenkt der Bundesrat die Meldepraxis zu verbessern?

Meldungen ernsthafter medizinischer Komplikationen im Zusammenhang mit der mRNA Injektion mehren sich und stehen im Widerspruch zur Quantität und Qualität der Meldungen, die durch Swissmedic erfasst werden. Aufgrund vieler Hinweise muss davon ausgegangen werden, dass nur ein Bruchteil der Komplikationen gemeldet wird, schätzungsweise nur 1% - 5%.

Anhand ausländischer Daten geht man davon aus, dass weltweit mit über 50 000 Todesfällen und rund 1 Mio. anderer gesundh. Schädigungen gerechnet wird.

21.7695 Töngi. Was sind die Erkenntnisse der Studie zur Nitrataufnahme aus Trinkwasser in der Schweiz, die das BLV publizieren wollte?

In seiner Antwort auf meine Frage 21.7511 schreibt der Bundesrat, das BLV werde im Verlaufe dieses Sommers eine Studie publizieren, mit Erkenntnissen zur Nitrataufnahme aus Trinkwasser in der Schweiz. Mangels Daten und Studien zur tatsächlichen Nitratexposition könnten zurzeit keine verlässlichen Verknüpfungen zu Dickdarmkrebsfällen gemacht werden.

Ist diese Studie inzwischen publiziert worden? Wenn ja, was sind die Erkenntnisse?

Wenn nein, wann wird sie publiziert werden?

21.7697 Cottier. Covid-19: Einsatz von Ärztinnen und Ärzten vor Ort, um über die Impfung zu informieren

Der Zugang zu Informationen ist essenziell für Personen, die Fragen oder Zweifel bezüglich der Impfung, ihrer Auswirkungen, der mRNA-Technologie usw. haben. Das Rote Kreuz hat in Frankreich dezentral Einrichtungen bereitgestellt, zum Beispiel in Supermärkten, in denen Ärztinnen und Ärzte Fragen beantworten und wo man sich impfen lassen kann. Dies kann zu einer hohen Impftrate beitragen.

Hat der Bundesrat vor, mit den Kantonen eine solche Massnahme umzusetzen, um die berechtigten Fragen von zögernden Personen zu beantworten?

21.7700 Streiff. Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Long-Covid

Die Durchseuchung der Kinder und Jugendlichen führt zwangsläufig zu Long-Covid-Fällen. Der Schutz der Schwächsten darf die Kinder nicht ausnehmen. In vielen Kantonen werden aber die Repetitiven Tests sowie Quarantäne bei Ausbrüchen zurückgefahren. Ist der Bundesrat bereit, sich bei den Kantonen einzusetzen, dass die Schutzmassnahmen beibehalten werden und auch Schutzfilter oder Messgeräte in den Schulzimmern eingesetzt werden müssen?

21.7707 Porchet. Wie werden Eltern von Kindern mit Diabetes Typ 1 unterstützt?

Die Kantone Bern, Freiburg, Luzern, Nidwalden, Obwalden, Solothurn, Zürich und Jura gewähren Kindern mit Diabetes Typ 1 Hilflosenentschädigungen, während die Kantone Aargau, Thurgau, Sankt Gallen, Zug und Waadt dies nicht tun. Der Anspruch Hilflosenentschädigung ist auf Bundesebene geregelt und stützt sich explizit auf die Bundesverfassung.

Wie sieht der Bundesrat die Tatsache, dass einige Kantone Kindern mit Diabetes Typ 1 Hilflosenentschädigungen gewähren, während andere dies nicht tun?

21.7711 Page. Gültigkeit von im Ausland durchgeführten Impfungen

Die Einführung der Covid-Zertifikatspflicht stellt ein ernstes Problem dar für Leute, die im Ausland geimpft wurden. Studentinnen und Studenten, die in ihrem Herkunftsland mit einem anderen Impfstoff als den beiden in der Schweiz zugelassenen geimpft worden sind, können kein Covid-Zertifikat erhalten. Es kann auch keine zweite Dosis mit dem Impfstoff von Moderna oder Pfizer in der Schweiz verabreicht werden, weil die Ärztinnen und Ärzte dies aufgrund des damit verbundenen gesundheitlichen Risikos ablehnen. Ich fordere eine teilweise Anerkennung der im Ausland bei Studentinnen und Studenten durchgeführten Impfungen.

21.7715 Moret Isabelle. Anerkennung von Impfungen, die Personen an ihrem Wohnort ausserhalb der EU und des Schengen-Raums verabreicht wurden

An den Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH) sind zahlreiche Forscherinnen und Forscher, Assistentinnen und Assistenten und Professorinnen und Professoren beschäftigt, die in ihrem Herkunftsland ausserhalb der EU und des Schengen-Raums geimpft wurden. Auch das Internationale Genf empfängt Diplomatinen und Diplomaten aus solchen Ländern. Die touristischen Gebiete der Schweiz sind auf Reisende aus dem asiatischen Raum angewiesen. Die Schweiz anerkennt Zertifikate aus der EU und dem Schengen-Raum. Das BAG hält fest, dass "für Zertifikate aus Drittstaaten ebenso die Möglichkeit einer Anerkennung [besteht]".

Kann der Bundesrat bestätigen, dass dies für alle oben genannten Personen der Fall ist?

21.7748 Paganini. Zugang zum touristischen Angebot für geimpfte Drittstaatsangehörige

Wir haben aktuell rund 40 000 mehrheitlich geimpfte Gäste aus Drittstaaten in der Schweiz, die seit Montag, 13. September 2021, keinen Zugang mehr zu touristischen Dienstleistungen wie Restaurants, Wellnessbereiche, Zoos, Schifffahrten etc. erhalten. Wird der Bundesrat Gästen aus Drittstaaten mit einem Impfnachweis, welcher zur Einreise in die Schweiz berechtigt, auch den testfreien Zutritt zum gesamten touristischen Angebot gewähren (Restaurants, Zoos, Wellnesshotels, Zoos etc.)?

21.7805 Wehrli. Anerkennung der Impfstoffe der WHO-Liste

Zahlreiche Personen, die in die Schweiz einreisen, um sich dauerhaft oder auch nur für kurze Zeit niederzulassen oder hier zu arbeiten, finden sich heute in einer komplexen Situation wieder, wenn sie mit einem von der Weltgesundheitsorganisation (WHO), aber nicht von der Schweiz anerkannten Impfstoff geimpft wurden. Dies stellt insbesondere ein Problem für Auslandschweizerinnen und -schweizer dar.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Gedenkt der Bundesrat, die Liste anerkannter Impfstoffe von der WHO zu übernehmen? Wenn nicht, warum nicht?

- Wenn nicht, welche Massnahmen wären für die betroffenen Personen denkbar, wo doch die Tests kostenpflichtig werden und zahlreiche Ärztinnen und Ärzte sich weigern, solche bereits geimpften Personen erneut zu impfen?

21.7712 Addor. Ein Covid-Zertifikat für Personen, für die mRNA-Impfungen kontraindiziert sind

Für bestimmte Personen ist eine mRNA-Impfung kontraindiziert.

Ist der Bundesrat gewillt, diesen Personen die Apartheid, der nichtgeimpfte Personen seit dem 13. September 2021 ausgesetzt sind, zu ersparen, indem ihnen unter Vorweisung eines Arztzeugnisses ein Covid-Zertifikat ausgestellt wird, statt sie alle zwei bis drei Tage zu einem nasalen Test - auch wenn dieser gratis sein mag - zu zwingen?

21.7756 Lohr. Diskriminierung durch das Impfzertifikat

Das am 8. September 2021 vom Bundesrat beschlossene Impfzertifikat ist gegenüber denjenigen Menschen mit einer Beeinträchtigung diskriminierend, die sich weder impfen noch testen lassen können.

- Welche Sonderlösungen sind für Menschen vorgesehen, die sich aus gesundheitlichen Gründen weder impfen noch testen lassen können?

- Wieso wird über dieses Thema nicht öffentlich informiert?

21.7714 Clivaz Christophe. Durch Gratis-Tests allen Studierenden ermöglichen, am Präsenzunterricht teilzunehmen

Die Mehrzahl der Hochschulen hat angekündigt, dass sie für den Zutritt zu den Unterrichtsräumen ein Covid-Zertifikat verlangt.

- Ist der Bundesrat nicht der Meinung, dass darum Gratis-Tests vor Ort angeboten werden müssten, um auch den (noch) nicht geimpften Studierenden den Zugang zum Präsenzunterricht zu ermöglichen, und zwar auch nach dem 1. Oktober 2021?

- Ist der Bund bereit, die Kosten dafür zu tragen?

21.7716 Moret Isabelle. Überprüfung des Datums der zweiten Impfung für das Covid-Zertifikat

Das Covid-Zertifikat ist ab dem Tag der zweiten Impfung gültig. Mancherorts verlangt die Person, die das Zertifikat prüft, dass das Datum der zweiten Impfung angegeben wird, damit überprüft werden kann, ob seit dieser 15 Tage verstrichen sind.

- Was hält der Bundesrat von dieser Vorgehensweise?

- Verstösst sie gegen die Persönlichkeitsrechte?

- Gedenkt der Bundesrat öffentlich klarer zu kommunizieren, dass eine derartige Überprüfung nicht notwendig ist?

21.7717 Walti Beat. Art. 1a des Covid-19-Gesetzes: Wirklich ein Blankoscheck für den Bundesrat?

Gemäss Art. 1a des Covid-19-Gesetzes legt der Bundesrat "Kriterien und Richtwerte für Einschränkungen und Erleichterungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens" fest. Das Referendumskomitee zum Covid Gesetz II argumentiert, dass der Bundesrat dadurch "die Kontrolle über das gesamte Leben der Bürger erhält".

- Ist dieser Artikel ein Blankoscheck für die Regierung zur Bekämpfung der Pandemie?
- Oder schränkt er den Spielraum des Bundesrates in der Pandemiebekämpfung eher ein?

21.7732 Schwander. Auslastung der Intensivbetten

Die aktuellen Covid-Massnahmen werden mit den Bettenkapazitäten in den Spitälern begründet.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Bundesrat, folgende Fragen konkret zu beantworten:

- Wie hoch war die Menge der betriebenen Intensivbetten durchschnittlich in den beiden Jahren vor der Pandemie (Aggregierte Zahlen der Kantone)?
- Wie hoch war die Auslastung der betriebenen Intensivbetten durchschnittlich in den beiden Jahren vor der Pandemie (Aggregierte Zahlen der Kantone)?

21.7766 Dettling. Betrieb der Intensivbetten

Die aktuellen Covid-Massnahmen werden mit den Kapazitäten in den Spitälern begründet. In diesem Zusammenhang bitte ich den Bundesrat, folgende Fragen konkret zu beantworten:

- Wie viele Intensivbetten können aktuell qualitativ hochwertig betrieben werden?
- Wie viele Intensivbetten konnten zum Beginn der Pandemie qualitativ hochwertig betrieben werden?
- Wie hoch war die Fluktuation beim Intensivpflegepersonal im Gegensatz zur Zeit vor der Pandemie?

21.7733 Schwander. Einfluss der Durchimpfungsrate auf die Massnahmen

Der Bundesrat behauptet, für die Aufhebung der Covid-Massnahmen brauche es eine höhere Durchimpfungsrate und insbesondere jüngere müssten sich nun impfen lassen. Dazu meine Fragen:

1. Wie hoch muss die Durchimpfungsrate bei den Alterskategorien der bis 29-Jährigen sein?
2. Welchen Einfluss hat die Durchimpfungsrate bei den Alterskategorien der bis 29-Jährigen auf die Auslastung der Intensivbetten, wenn die Hospitalisierungen dieser Alterskategorien in den letzten Jahren unter 4% lagen?

21.7736 Hurni. Kommt es bei Transplantationspatientinnen und -patienten zur Übertragung des Coronavirus?

- Hat die Sterblichkeitsrate von Patientinnen und Patienten, bei denen vor Kurzem eine Transplantation vorgenommen wurde und die in immunsuppressiver Behandlung waren, während der Corona-Pandemie zugenommen?
- Falls ja, ist dies der Fall, weil diese Patientinnen und Patienten an Covid erkrankt sind?
- Wie kam es gegebenenfalls zur Ansteckung?
- Sollte nicht verlangt werden, dass das Pflegepersonal, das in Kontakt mit Patientinnen und Patienten in immunsuppressiver Behandlung steht, geimpft ist?

21.7737 Strupler. Tierische Schlacht-Nebenprodukte wieder für Tierfutter verwenden

Die EU hat das Verbot für die Verwendung von tierischen Schlacht-Nebenprodukten als Tierfutter aufgehoben.

- Was gedenkt der Bundesrat in der Schweiz zu machen?
- Wäre es nicht sinnvoll auch eine Lockerung anzustreben damit diese Schlacht-Nebenprodukte wieder als hochwertiges Protein-Futter genutzt werden und somit auch der Futterimport reduziert werden kann?

21.7749 Paganini. Ende Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung (ME) auch bei unentgeltlicher Arbeit?

Der Anspruch auf ME endet am 98. Tag des Mutterschaftsurlaubes (MU). Er endet früher, wenn eine Mutter ihre Arbeit während des MU wieder aufnimmt.

Verhält es sich gleich, wenn eine Mutter eine Tätigkeit vor dem 98. Tag wieder aufnimmt, aber auf den Lohn dazu verzichtet?

Beispiele dafür könnten eine Angestellte sein, welche in ihrem Betrieb aus Loyalität kurzfristig unentgeltlich einspringt oder auch eine gewählte Politikerin, welche ohne Sitzungsgeld ihren Mandatsaufgaben nachkommt.

21.7750 Addor. Ärztlich verschriebene sportliche Aktivitäten ohne Covid-Zertifikat

Ist der Bundesrat bereit die Covid-Zertifikatspflicht für sportliche Aktivitäten (Schwimmbad, Fitness usw.), die von einer Ärztin oder einem Arzt verschrieben wurden, zu lockern?

21.7752 Addor. Keine Impfpflicht für Studierende!

Verschiedene Hochschulen verlangen, wie andere auch, seit dem 13. September 2021 von ihren Studierenden ein Gesundheitszertifikat. Für diejenigen Studierenden, die sich nicht impfen lassen wollen, sind die Unannehmlichkeiten und Kosten allfälliger Tests (für die sie selber aufkommen müssen) so abschreckend, dass sie - falls sie ihr Studium nicht abbrechen - einer versteckten Impfpflicht unterliegen.

Ist der Bundesrat bereit, unverzüglich die nötigen Massnahmen zu ergreifen, um dies zu verhindern?

21.7754 Addor. Aufschub bei der Umsetzung der Zertifikatspflicht

Ist der Bundesrat bereit, die Anwendung von Artikel 6a des Covid-19-Gesetzes auszusetzen, bis sich das Volk am 28. November 2021 dazu hat äussern können, und damit der sozialen Spaltung entgegenzuwirken, die momentan durch die am 13. September in Kraft getretenen Massnahmen verursacht und vorangetrieben wird?

21.7757 Schläpfer. Grenzkontrollen Corona

Täglich reisen hunderttausende unkontrolliert in die Schweiz. Viele dieser Einreisenden weisen bereits Symptome auf, wie erhöhte Temperatur, welche heute mit modernen Wärmebild-Kameras selbst im vorbeifahrenden Auto gemessen werden, also praktisch ohne Staus zu verursachen. Die Kosten dafür sind überschaubar: für alle Grenzübergänge etwa 10 Millionen Franken. Damit können viele der ansteckenden Einreisenden erfasst werden.

Ist der Bundesrat bereit, Wärmebildkameras an allen Grenzübergängen aufzustellen?

21.7764 Bircher. Berechnung der Impfquote, bewusst tief gehalten?

Der Bundesrat publiziert wöchentlich die Impfquote. 100% entspricht der gesamten Schweizer Bevölkerung. Kinder unter 12 Jahren, bei denen es gar keine Impfung gibt, werden in die Berechnung miteinbezogen.

- Wird damit versucht die Impfquote bewusst tiefer zu kommunizieren als sie eigentlich ist?

Andere Länder wie Spanien oder Italien unterscheiden in ihrer Kommunikation daher genau zwischen der Quote der Gesamtbevölkerung und der Quote der Ü12-Jährigen resp. Ü18?

- Wie hoch wäre diese in der Schweiz?

21.7765 Bircher. Lockdown für geimpfte Personen

- Wenn es wieder zu angeordneten Schliessungen oder Einschränkungen auf Grund der Pandemie kommen würde, wären geimpfte Personen davon ausgenommen?

- Sprich kann der Bundesrat analog Deutschland oder Österreich den geimpften Personen ein Versprechen geben, dass es für sie keinen Lockdown mehr geben wird?

21.7772 Locher Benguerel. Covid-19 Massnahmen-Chaos im Bildungsbereich

Ansteckungszahlen und Massnahmen-Chaos im Bildungsbereich strapazieren alle Beteiligten.

Ist der Bundesrat bereit, für die verschiedenen Bildungsstufen, die Kantone zu koordinierten Massnahmen zu folgenden Themen aufzufordern oder Vorgaben zu definieren:

- Strategie zum Umgang mit Covid-19 mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen?

- Einheitliche Quarantäneregeln?

- Repetitive Massentestungen?

- CO2-Messgeräte und bedarfsgerechte Massnahmen?

- Weitere Schutzmassnahmen wie z.B. Masken?

21.7775 Bendahan. Welche Massnahmen ergreift der Bundesrat für Kulturschaffende, die immer noch Opfer der Krise sind und keine Hilfen erhalten?

Eine Vielzahl von Kulturschaffenden leidet wegen der Ungewissheit an den schädlichen Folgen der Covid-Krise. Viele Veranstaltungen werden abgesagt oder finden nicht statt, was zur Folge hat, dass eine Vielzahl von Personen nicht arbeiten kann. Trotzdem laufen die Covid-Hilfen aus oder werden nicht angepasst.

Was unternimmt der Bundesrat, um die ausgebliebenen Einnahmen zu kompensieren, um Kulturschaffenden die Rückkehr zur Arbeit zu ermöglichen und um sicherzustellen, dass sie die Hilfen erhalten, die sie dringend benötigen?

21.7782 Birrer-Heimo. meineimpfungen.ch: Rückerstattung beglaubigte Ausweiskopien

Damit die Stiftung meineimpfungen Auskunftsbegehren bearbeitet, hat sie das Einsenden von beglaubigten Ausweiskopien verlangt. Die Kosten für diese Beglaubigung müssen gemäss EDÖB an die betroffenen Personen zurückerstattet werden.

- Wurden die Kosten für die verlangten beglaubigten Ausweiskopien tatsächlich zurückerstattet?

- Wer überprüft die Bearbeitung dieser Rückerstattungen?

21.7783 Birrer-Heimo. meineimpfungen.ch: Haftung Arpage AG

Die Plattform meineimpfungen.ch wurde gemäss Schlussbericht des EDÖB von der Arpage AG entwickelt und betrieben. Die Arpage AG hat laut der Stiftung meineimpfungen betont, dass die Plattform sicher ist. Der CEO der Arpage AG war bis Juni 2021 im Stiftungsrat der Stiftung meineimpfungen.

- Werden Ansprüche gegen die Arpage AG als Entwickler und Betreiber der Plattform meineimpfungen.ch geprüft?
- Werden Organhaftungs-Ansprüche gegen den ehemaligen Stiftungsrat geprüft?

21.7784 Birrer-Heimo. meineimpfungen.ch: Rückforderung der geleisteten Finanzhilfe

Gemäss der Stellungnahme des Bundesrates vom 25. August 2021 zur Interpellation 21.3546 "Verwendung öffentlicher Gelder für meineimpfungen.ch" prüfte das BAG eine teilweise Rückforderung der geleisteten Finanzhilfe von der Stiftung meineimpfungen.

- Berücksichtigt das BAG dabei auch die jüngste Entwicklung, wonach die Stiftung sich auflösen und die Daten von ungefähr 450 000 Personen blockieren will?
- Wird das BAG eine Rückforderung vornehmen?

21.7789 Fehlmann Rielle. Arzneimittelpreise: Wie geht es weiter mit Lucentis vs. Avastin?

In seiner Antwort auf meine Motion 19.3285 "Arzneimittelpreise und die unendliche Geschichte Lucentis versus Avastin. Wann wird die Schweiz endlich Massnahmen ergreifen?" teilte der Bundesrat mit, er habe dem EDI den Auftrag erteilt, die Bestimmungen betreffend die Off-Label-Anwendung von Arzneimitteln zu evaluieren. Das Resultat wurde für 2020 in Aussicht gestellt, um Massnahmen betreffend die Vergütung von Arzneimitteln im Einzelfall zu prüfen.

Wenn gedenkt der Bundesrat seine Schlussfolgerungen zu liefern?

21.7790 Steinemann. Personen welcher Nationalitäten verüben Vergewaltigungen?

Die Kriminalstatistik unterscheidet nur zwischen Schweizern und Ausländern. Dennoch sind dem BFS die Nationalitäten der Verurteilten bekannt, sie erscheinen aber nicht auf öffentlichen Plattformen.

Welche Staatsangehörigkeiten weisen die aufgrund Artikel 190 StGB 101 Verurteilten von 2018, welche die 72 schweizweit Verurteilten von 2019 auf?

21.7791 Friedli Esther. Kein Covid-Zertifikat für Skigebiete

Gemäss Medieninformationen finden zwischen dem BAG und Seilbahnen Schweiz Gespräche über die Ausweitung des Covid-Zertifikats auf Skigebiete statt. Eine Ausweitung wäre völlig unangemessen und widersinnig, da Skifahren ein Sport ist, der draussen gemacht wird. Zudem verfügen viele Seilbahnen eine Konzession des öffentlichen Verkehrs.

Teilt der Bundesrat daher die Meinung, dass eine Ausweitung des Covid-Zertifikats auf Skigebiete und Seilbahnen nicht angebracht ist?

21.7793 Rösti. Elektronisches Patientendossier

Der Bericht des Bundesrates zum elektronischen Patientendossier (EPD) zeigt viele noch zu klärende Punkte auf, deshalb stellen sich folgende Fragen:

- Wie viel kostet die Implementierung des EPD in allen rund 1600 Pflegeheimen der Schweiz?
- Wie viele Dossier-Eröffnungen von Pflegeheimbewohnern sind zu erwarten?
- Ist der Bundesrat bereit, das für Pflegeheime vorgesehene Datum (April 2022) hinauszuschieben, bis das EPD perfektioniert ist?

21.7799 Gysin Greta. Ausdehnung der Covid-Zertifikatspflicht und kostenlose Tests

Die Ausdehnung der Zertifikatspflicht und die Rückkehr zu kostenpflichtigen Tests wirft eine ethische Frage auf: Der Druck auf nichtgeimpfte Personen steigt so weit an, dass nicht mehr wirklich von einer freien Wahl gesprochen werden kann. Dies gilt vor allem für Personen mit geringem Einkommen.

- Wie will der Bundesrat garantieren, dass die freie Wahl für oder gegen die Impfung weiterhin möglich ist?
- Hält der Bundesrat es nicht für nötig, seinen Entscheid bezüglich der kostenlosen Tests zu überdenken, damit die Wahlfreiheit garantiert ist?

21.7803 Dettling. Geimpft und trotzdem Covid

- Trifft es zu, dass eine Person die mit Covid im Spital liegt und vor 9 Monaten die Impfung gemacht hat dem Konto der ungeimpften zugeordnet wird?
- Oder wo liegt die Grenze ab wann eine Person die geimpft ist und trotzdem mit Covid im Spital liegt den ungeimpften zugeordnet wird?

21.7809 Aeschi Thomas. Covid-19: Verpasste Chance einer Ausbildungsoffensive für zusätzliches IPS-Pflegepersonal

Weshalb hat der Bundesrat im März 2020 - zu Beginn der Corona-Pandemie - keine Ausbildungsoffensive für zusätzliches IPS-Pflegepersonal gestartet?
Während eine durchschnittliche Ausbildung drei Jahre dauert, hätten bis heute, d.h. während der letzten eineinhalb Jahren, in einem beschleunigten Ausbildungsverfahren sicherlich die notwendigen PflegerInnen ausgebildet werden können.

21.7811 Aeschi Thomas. Covid-19: Anzahl ausgestellte Zertifikate für Genesene

Für wie viele Personen wurde bis heute ein "Zertifikat für Genesene" ausgestellt?

21.7812 Aeschi Thomas. Covid-19: Führungskrise des Bundesrates?

- Weshalb haben andere Staaten wie das Vereinigte Königreich oder Dänemark fast alle Covid-19 Restriktionen aufheben können, während die Schweiz vor kurzem die Massnahmen sogar noch verschärfen musste?
- Was sind die vom Bundesrat identifizierten bundesrätlichen Führungsmängel in der sich weiter hinziehenden Corona-Führungskrise des Bundesrates?

Departement für auswärtige Angelegenheiten**21.7637 Steinemann. Wie viele Steuergelder zu Humanrights?**

Die Informationsplattform bringt sich regelmässig mit linken Positionen in Abstimmungs- und Parlamentsgeschäfte ein und kritisiert den Staat in einseitiger Weise, ohne in der Öffentlichkeit eine Rolle zu spielen. Sie gilt als Vorgänger der Menschenrechtsinstitution, die geschaffen werden soll.

- Wie viel Geld bekommt sie direkt oder indirekt vom Staat seit 2009?
- Wie viele Stellen werden über öffentliche Gelder finanziert?
- Welches ist der Nutzen dieser Plattform?

21.7653 Marchesi. Wie wird garantiert, dass die 60 Millionen Franken, die die Schweiz Afghanistan für humanitäre Hilfe bereitstellt, nicht in die Hände der Taliban gelangen?

Bundesrat Ignazio Cassis hat angekündigt, dass die Schweiz die afghanische Bevölkerung in den nächsten Monaten mit 60 Millionen Franken ordentlicher und ausserordentlicher humanitärer Hilfe unterstützen wird.

- Wie kann der Bundesrat garantieren, dass diese erhebliche Summe nicht direkt oder indirekt in die Hände der Taliban gelangt?
- Sind die Finanzflüsse zugunsten der afghanischen Bevölkerung ganz unter der direkten Kontrolle des Bundes?
- Wie kann er dies garantieren?

21.7683 Molina. Brasilien: Demokratie und Rechtsstaat in Gefahr

Brasiliens Präsident Bolsonaro hat angekündigt, Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs gegen ihn nicht anzuerkennen. Die institutionelle Krise droht sich weiter zuzuspitzen.

- Wie beurteilt der Bundesrat die brasilianische Demokratie und mit welchen Rechtsfolgen?
- Wie trägt er zur Förderung der Menschenrechte bei?
- Inwiefern beeinflusst die Politik Bolsonaros, insbesondere die von ihm angetriebene Abholzung des Regenwaldes, die Position des Bundesrates zum Mercosur-Abkommen?

21.7690 Binder. Durban Konferenz IV ohne Beteiligung der Schweiz

Am 22. September 2021 findet die Durban Konferenz IV statt - "gefeiert" werden 20 Jahre, in denen der Antisemitismus gepflegt wurde. Bereits 16 Staaten (u.a. USA, Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich) haben deshalb ihre Teilnahme abgesagt.

- Weshalb setzt die Schweiz kein souveränes Zeichen gegen den Antisemitismus und nimmt an der Konferenz teil?
- Wie erklärt der Bundesrat sein Verhalten mit Blick auf den befreundeten Staat Israel gegen den sich die Konferenz immer richtete.

21.7771 Nantermod. Durban IV: Wie ist die Position der Schweiz?

Am 22. September findet die vierte World Conference Against Racism (Durban IV) statt. Die Polemik um die Konferenz hat diesen Anlass zu einem antisemitischen Zirkus verkommen lassen, der von zahlreichen Staaten des Westens boykottiert wird.

- Wie steht der Bund zu diesen Polemiken?
- Beabsichtigt er immer noch, an der Konferenz teilzunehmen?
- Wie gedenkt er für den Fall, dass er teilnimmt, angesichts des besorgniserregenden Tendenzen seine Position darzulegen?

21.7785 Quadri. Konferenz von Durban: Warum nimmt die Schweiz teil?

Zahlreiche Staaten - darunter Italien, die USA, Kanada, Australien, das Vereinigte Königreich, Frankreich, Deutschland, Österreich, die Niederlande, Ungarn und die Tschechische Republik - haben ihre Teilnahme an der World Conference Against Racism (Durban IV), die am 22. September in New York stattfinden wird, abgesagt. Grund dafür ist, dass das Treffen zu einem antisemitischen und antiisraelischen Gipfel zu werden droht, wie dies auch schon früher passiert ist.

Warum hat die Schweiz beschlossen, an der Teilnahme festzuhalten?

21.7698 Müller-Altermatt. Teilnahme der Schweizer Botschafterin an einer aserbaidshanischen Propagandareise

Am 10. Juli hat die Schweizer Botschafterin in Baku, Muriel Peneveyre, an einer "Informationsreise" der aserbaidshanischen Regierung in die im zweiten Berg-Karabach-Krieg eroberte Stadt Shusha (armenisch Shushi) teilgenommen.

- Erachtet es der Bundesrat als geschickt, wenn eine Diplomatin an einer Reise teilnimmt, an welcher Länder wie die USA, Russland und Frankreich wegen der Propagandagefahr nicht teilnehmen?
- Welche Motivation stand hinter dieser Teilnahme?

21.7721 Widmer Céline. Evakuierung von Schweizer Staatsangehörigen aus Afghanistan

Angesichts der ausserordentlichen politischen Lage in Afghanistan bitte ich den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Gemäss einer Medienmitteilung des Bundesrats vom 27. August befanden sich noch 11 Schweizer Staatsangehörige in Afghanistan. Wurden diese Personen mittlerweile evakuiert?

Falls nicht, steht das EDA in Kontakt mit diesen Personen?

- Warum hat der Bundesrat nicht früher auf die politischen Entwicklungen in Afghanistan reagiert? War er unvorbereitet?

21.7800 Roth Franziska. Evakuierung aus Afghanistan

- Ab wann war der Bundesrat über den drohenden Fall von Kabul gewarnt?
- Wie schätzten der Nachrichtendienst des Bundes NDB und andere Organe des Bundes die Lage in Afghanistan im Sommer 2021 ein?
- Hatte der Bundesrat Kenntnis davon, dass sich in Kabul die Ereignisse überschlagen und eine schnelle Evakuierung nötig sein wird, respektive wann hat der Bundesrat eine Evakuierung geprüft?

21.7723 Friedl Claudia. Afghanistan: Situation der Frauen

Durch die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan geraten vor allem die Rechte von Frauen stark unter Druck.

- Was unternimmt der Bundesrat, um Frauen in Afghanistan zu schützen?
- Hat er Kenntnis über die jetzige Situation der Frauen in Afghanistan?
- Was kann der Bundesrat tun, um Frauen in Afghanistan zu schützen und ihre Rechte zu verteidigen?
- Gibt es die Möglichkeit, geschützte Frauenhäuser in Afghanistan zu errichten und zu unterstützen?

21.7724 Friedl Claudia. Humanitäre Hilfe in Afghanistan: Wohin fliessen die Gelder?

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 8. September 2021 entschieden, die humanitäre Hilfe vor Ort in Afghanistan mit weiteren 33 Millionen zu unterstützen.

- Wie sorgt der Bundesrat dafür, dass die Gelder wirklich der Bevölkerung vor Ort zugute kommen und nicht in die Hände der Taliban fallen?
- Plant er Gelder für besonders gefährdete Gruppen zu sprechen, insbesondere für Frauen?
- Wie evaluiert der Bundesrat, wem die Gelder tatsächlich zufließen?

21.7725 Wobmann. Geberkonferenz zu Afghanistan

An der Geberkonferenz in Genf forderten die UNO - Organisationen 600 Millionen Dollar humanitäre Hilfe für Afghanistan. Die Schweiz hat laut Medienberichten 60 Millionen Franken gesprochen.

Wie wird der Bundesrat sicherstellen, dass keine dieser Gelder an die Taliban und an den IS fließen werden?

21.7726 Wobmann. Schweizer Afghanistan Unterstützung in den letzten 20 Jahren

Wie gross, in welcher Form und an welche Kreise war die finanzielle Unterstützung der Schweiz an Afghanistan in den letzten 20 Jahren?

21.7742 Schläpfer. Afghanistan

Der Bundesrat beabsichtigt 33 Millionen Franken nach Afghanistan zu zahlen. Die Taliban und weite Teile der afghanischen Bevölkerung stehen unseren westlichen Werten feindselig gegenüber. Zahlungen an Afghanistan können von den Taliban und ihren Anhängern als Einverständnis für ihre Greuelthaten aufgefasst werden.

Wäre es nicht besser, wenn der Bundesrat mit diesen Geldern Auffanglager in Nachbarländern Afghanistans aufbauen hilft?

21.7744 Molina. Welche Strategie verfolgt der Bundesrat mit dem neuen Regime in Afghanistan?

Angesichts der gewaltsamen Machtübernahme der Taliban in Afghanistan bitte ich den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wie wird er sich für Frieden und Stabilität in der Region engagieren?
- Bemüht er sich um ein koordiniertes Vorgehen im Umgang mit der neuen Regierung?
- Welche Strategie verfolgt der Bundesrat mit der neuen Regierung Afghanistans?
- Plant er mit den Taliban in Dialog zu treten, um sie an ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen zu erinnern?

21.7797 Crottaz. Das multilaterale Engagement der Schweiz in Afghanistan

Der Bundesrat unterstreicht die Wichtigkeit des multilateralen Engagements, um Personen aus Afghanistan zu evakuieren und vor Ort zu helfen.

- Wie koordiniert er aktuell das multilaterale Engagement in Afghanistan?
- Wie erfolgt die internationale Vernetzung zum Thema Afghanistan ohne diplomatische Vertretungen in Kabul?
- Setzt sich der Bundesrat ein für ein internationales Regelwerk für Afghanistan, das alle Parteien einschliesst, um Frieden und Stabilität zu schaffen?

21.7745 Guggisberg. Reisetätigkeit der Bundesverwaltung während der Coronakrise

Wie viele Steuergelder und Tonnen CO2 wurden aufgrund von Corona verminderten Reisetätigkeit der Angestellten der Bundesverwaltung eingespart (Vergleich der Jahre 2018, 2019 und 2020)?

21.7747 Molina. Westsahara: Wie wird sich die Schweiz im Uno-Sicherheitsrat für eine politische Lösung einsetzen, die das Völkerrecht respektiert?

Die Lage in der von Marokko völkerrechtswidrig besetzten Westsahara ist seit einem Jahr äusserst angespannt. Menschenrechtsverletzungen sind an der Tagesordnung.

- Wie wird sich der Bundesrat, sollte die Schweiz 2023/24 in den UN-Sicherheitsrat einziehen, für eine Lösung des Westsahara-Konflikts einsetzen?
- Ist er bereit, sich in der Gruppe "Freunde der Westsahara" zu engagieren?
- Anerkennt er die Resolution 34/37 der UN-Generalversammlung vom 21. Novembre 1979 vollumfänglich (insb. Punkt 7)?

21.7796 Crottaz. Marokko: Allgemeine regelmässige Überprüfung

Die vierte allgemeine regelmässige Überprüfung (UPR) von Marokko durch den UN-Menschenrechtsrat findet im November 2022 statt.

Müsste die Schweiz nicht die Frage der Westsahara aufwerfen, da sie dies in den letzten drei UPRs nicht getan hat?

Die Schweiz könnte zum Beispiel die sehr besorgniserregende Situation der saharaischen Häftlinge ansprechen und die hunderten verschwundenen Saharais, von denen seit Jahren jegliche Spur fehlt. Angesprochen werden könnte auch die Frage, inwiefern der von den Vereinten Nationen gesetzte Rahmen respektiert wird.

Büro

21.7777 Büchel Roland. Parlnet: Wie haben sich die Zugänge entwickelt?

Wie hat sich die Anzahl der von den Fraktionen beantragten (und bewilligten) Zugänge und Parl-E-Mail-Adressen, aufgeschlüsselt auf die verschiedenen Fraktionen, über die letzten fünf Jahren entwickelt?